

OST Informationen EUROPA

In Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsmagazin OstContact | 5/6 - 2020



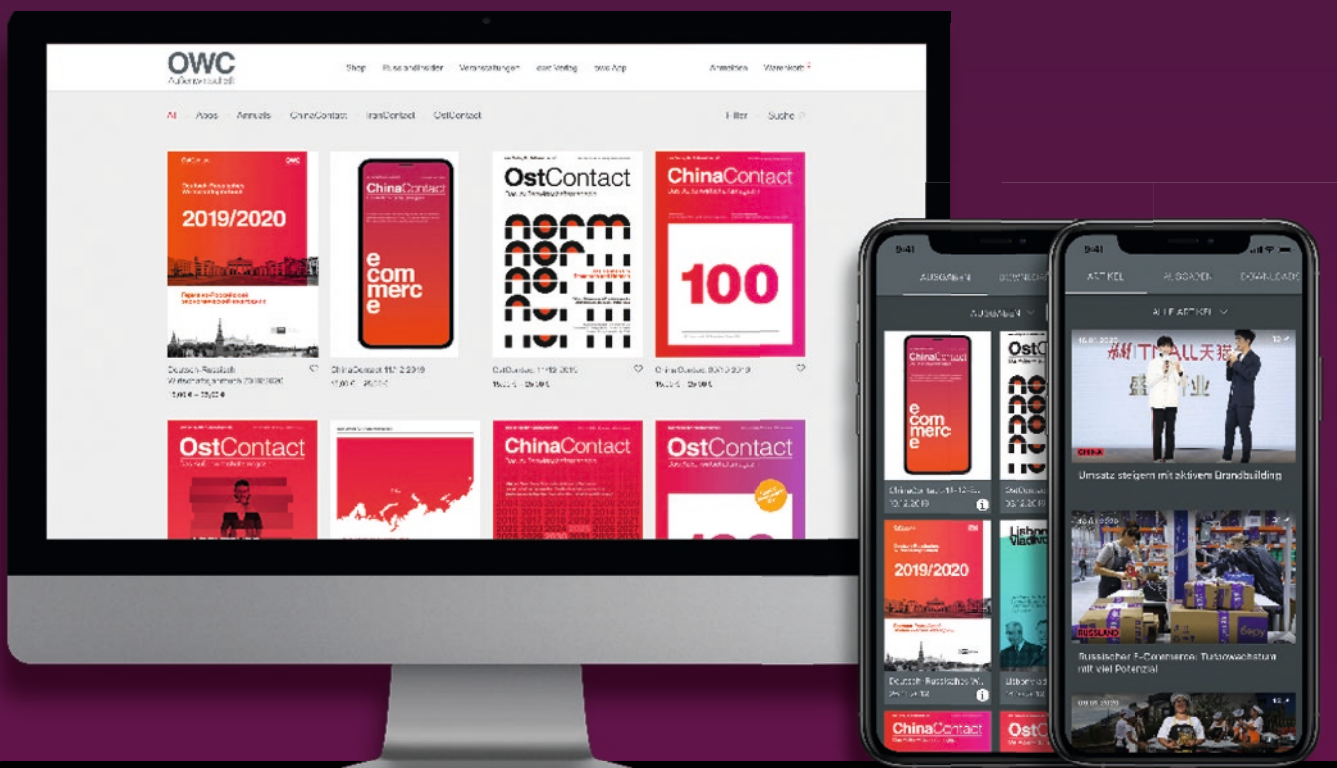
Abschieds-Ausgabe der OEI: Blick zurück nach vorn

Special „Corona und danach“
Die zweite Transformation

Gesundheitswirtschaft:
„Wir tragen eine große Verantwortung“

Digitalisierung:
Digital als das „New normal“?

OstContact, ChinaContact Print, Download Magazine, Abos Schnell und bequem in unserem neuen Online-Shop Mobil und handlich mit unserer App



Shop: shop.owc.de



App: owc.de/app

OWC
Außenwirtschaft

Liebe Leserinnen und Leser,



von den späten 1920er Jahren geht in Europa immer noch eine Faszination aus. Man denkt dabei an eine künstlerische Blütezeit, an den Rausch und das Nachtleben insbesondere in Berlin. Häufig wird der Begriff der „Goldenen Zwanziger“ verwendet. Im angelsächsischen Raum ist von den „Roaring Twenties“ die Rede, bei den Italienern von den „Anni Ruggenti“ und in Frankreich von den „Années Folles“, den „Verrückten Jahren“. Im negativen Sinne „verrückt“ haben nun auch die „neuen 20er Jahre“ begonnen:

Binnen weniger Monate zwang das Corona-Virus weltweit über 100 Länder dazu, ihre Wirtschaft weitgehend lahmzulegen. Unfassbar viele Menschen in Europa verloren durch das Virus ihr Leben, Millionen sind von Arbeitsplatz- und Wohlstandsverlust bedroht. Die Folgen dieses Lockdowns werden die „neuen 20er Jahre“ weit überdauern. Und doch kann dieses einschneidende Ereignis auch eine Chance für unseren Kontinent sein, wenn es uns gelingt, in der Vergangenheit Versäumtes beschleunigt nachzuholen.

Es geht jetzt um ein wahrhaft souveränes und solidarisches Europa, das in Sicherheitsfragen mehr als ein Juniorpartner der USA, und in Wirtschaftsfragen mehr als ein Juniorpartner Chinas ist. Jetzt ist die Zeit, Europas Nachholbedarf bei Forschung, Entwicklung und Bildung zu kompensieren und die digitale Transformation und die Bekämpfung des Klimawandels als absolute Zukunftsprioritäten in den Blick zu nehmen. Die EU sollte diesen dringend benötigten Aufbruch mit einem europäischen „Go-ahead-Fonds“ vorantreiben, der die Komponenten „Klimaschutz“ und „digitale Transformation“ vereint.

Im Schwerpunkt dieser Ausgabe richten wir den Blick auf diese Zeit nach Corona: Wir widmen uns Branchen, in denen die deutsche Wirtschaft trotz oder gerade auch wegen der Virus-Krise enorme Potenziale heben kann und in Mittel- und Osteuropa vielversprechende Märkte vorfindet, angefangen von der Wasserstoffwirtschaft, über E-Health und andere digitale Anwendungen, bis hin zur Landwirtschaft.

Neue Zeiten erfordern neue Antworten, dies gilt auch für den Ost-Ausschuss: Mit der heutigen Ausgabe erscheinen die Osteuropa Informationen zum letzten Mal. Um Sie noch aktueller und zielgenauer informieren zu können, haben wir erheblich in unsere digitalen Angebote investiert: Neben dem monatlichen Newsletter erhalten Mitglieder nun mehrmals im Monat per Mail Updates zu allen fünf Ost-Ausschuss-Regionen. Darin informieren wir Sie auch über die vielen Video-Konferenzen, die seit März stattfinden. Nicht-Mitgliedern bieten wir ein Archiv der Updates und viele weitere Informationen auf unserer Internet-Seite www.oaoev.de an. Zudem können Sie uns neben Facebook und Twitter mittlerweile auch auf LinkedIn folgen. Dem Verlag OWC gilt unser Dank für über zwei Jahrzehnte enge Zusammenarbeit. Leserinnen und Leser der Zeitschrift OstContact werden mit einer eigenen Rubrik weiterhin in jeder Ausgabe über die laufende Arbeit des OAOEV informiert.

Abschließend wünsche ich Ihnen eine spannende Lektüre und viel Schwung für den Aufbruch in die Nach-Corona-Zeit!

Oliver Hermes,

Vorstandsvorsitzender & CEO der Wilo Gruppe und

Vorsitzender des Ost-Ausschuss – Osteuropavereins der Deutschen Wirtschaft

Special „Corona und danach“

Die zweite Transformation	8
Interview: „Gesundheitschutz hat oberste Priorität“	10
Interview: „Die Kluft in Mittel- und Osteuropa wird sich vergrößern“	11
Gesundheitswirtschaft: „Wir tragen eine große Verantwortung“	12
Landwirtschaft: Bedürfnis nach Sicherheit und Berechenbarkeit	13
Digitalisierung: Digital als das „New normal“?	14
Energie: „Den Energiesektor weiter dekarbonisieren“	16
Umfrage: Klares Votum für Nord Stream 2	17
Osteuropäische Arbeitsmärkte im Corona-Stress	18

Editorial/Inhalt	3
Mitglieder-News	4
Länder-News	5
Abschiedsausgabe der OEI: Blick zurück nach vorn	6
OAOEV in Kürze	7
Blick in die Regionen:	
Mittelosteuropa	19
Russland	20
Osteuropa	21
Südosteuropa	22
Zentralasien	23

Vorstellung neuer Mitglieder 24

Termine/Kooperationen 25

Publikationen 26

Titelfoto: Titelbilder der OEI und OAI
Fotos: OA-Archiv, OAOEV

MITGLIEDERNEWS

BASF

Der deutsche Chemiekonzern BASF, der russische Bergbau-Konzern Norilsk Nickel und das finnische Energieunternehmen Fortum haben im März eine **Absichtserklärung zur Planung eines Batterie-Recycling-Clusters in Harjavalta** (Finnland) unterzeichnet, das den Elektrofahrzeugmarkt bedienen soll. BASF beabsichtigt, Recyclingmaterialien aus den von den Unternehmen im Rahmen dieser Kooperation entwickelten Verfahren in der Produktion für Vorprodukte für Batteriematerialien zu verwenden. Bereits 2018 hatte BASF den Bau eines Werkes zur Herstellung von Akku-Komponenten bei Haryawalta geplant und in diesem Zusammenhang Norilsk Nickel als maßgeblichen Rohstofflieferanten vorgesehen.

WR Group

Trotz der angespannten Weltlage erweitert die WR Group kontinuierlich ihr internationales Netzwerk und hat im April eine **neue Repräsentanz in St. Petersburg eingeweiht**. Die WR Group, Anbieter von Projektlogistik und Transporten nach Russland, verzeichnet seit mehreren Jahren einen starken Container- und Seefrachtverkehr an den Häfen in St. Petersburg. Die Repräsentanz vor Ort ermöglicht es der WR Group, ab sofort in den Häfen Petrolsport und Bronka schneller zu agieren und dadurch bestimmte Logistikprozesse zu optimieren (s. auch das Interview auf S. 26)

Der OAOEV konnte im März sechs neue Mitgliedsunternehmen begrüßen, die wir herzlich willkommen heißen.

- B&C Industrieholding GmbH
- EOS Holding GmbH
- ING-DiBa AG
- MAC-GmbH
- Sberbank Europe AG
- VERBIO Vereinigte BioEnergie AG

Siemens

Siemens hat im Mai eine Ausschreibung für die **Lieferung von Gasturbinen an Turkmenistan** gewonnen, die die Erdgasförderung und -verarbeitung des zentralasiatischen Landes ankurbeln sollen. Turkmenistans nationale Gasgesellschaft Turkmengaz wird mobile Verdichterstationen mit Gasturbinen aus deutscher Produktion kaufen, um ihre Erdgasverarbeitungsanlage im Osten Turkmenistans zu modernisieren. Die Ausschreibung ist Teil der Bemühungen zur Entwicklung der Öl- und Gasindustrie des Landes bis 2030.



Der KLU-Campus in Hamburg

Commerzbank

Die Commerzbank hat im Mai den geplanten **Verkauf ihrer polnischen Tochter mBank abgesagt**. Derzeit sei eine Transaktion zu attraktiven Bedingungen nicht erreichbar, teilte das Institut mit.



Die mBank bleibt vorerst bei der Commerzbank.

Partnerschaft mit KLU in Hamburg ausgebaut

Die Hamburger Logistikuniversität **KLU vertieft in diesem Jahr die bereits erprobte Zusammenarbeit mit dem Ost-Ausschuss – Osteuropaverband (OAOEV)**. Der OAOEV eröffnet dazu eine Dependence auf dem KLU-Campus in Hamburg. Ein Ziel der verstärkten Zusammenarbeit ist der Transfer wissenschaftlichen Know-hows in den KLU-Kernkompetenzfeldern Unternehmensführung, Logistik und Supply Chain Management an die Mitglieder und in die Zielregionen OAOEV. Unter anderem sind Mitglieder der Fakultät eingeladen, sich in den OAOEV-Arbeitskreis Logistik und Verkehrsinfrastruktur einzubringen, den Prof. Dr. Peer Witten, Mitglied des Präsidiums des OAOEV, als Sprecher leitet. „Gerade für die Logistik bietet die enge Partnerschaft zwischen der KLU und dem Ost-Ausschuss eine sehr gute Chance für innovative Produkte und spannende Veranstaltungen“, sagt Witten.

Wirtschaftsstudierende aus Osteuropa und Zentralasien könnten ab September 2021 von der Kooperation profitieren. Geplant ist ein Stipendium für besonders begabte Bewerber für die drei KLU-Masterprogramme. Der OAOEV beteiligt sich außerdem an der Deutschland-Stipendien-Kampagne der KLU und ermöglicht damit zunächst zwei Studierenden einen monatlichen Zuschuss.

„Mit dieser Vereinbarung gehen wir gemeinsam den logisch nächsten Schritt“, sagt KLU-Präsident Prof. Dr. Thomas Strothotte. „Der OAOEV nutzt für seine Arbeit künftig Räumlichkeiten auf dem KLU-Campus. Das freut ihn besonders, so Strothotte. „Wo Begegnung stattfindet, entstehen auch gute Ideen.“ „Der enge Schulterschuss mit der KLU als führende Forschungseinrichtung mit ausgezeichnetem internationalen Profil ist ein Gewinn sowohl für unsere Partnerländer als auch unsere Mitgliedsunternehmen, die von einem anwendungsorientierten und pragmatischen Austausch mit der Wissenschaft profitieren werden“, sagt OAOEV-Geschäftsführer Michael Harms: „Gleichzeitig haben wir die Möglichkeit, mit unserer Kontaktstelle Hamburg auf dem KLU-Campus präsent zu sein und wichtige Themen für die Hansestadt und die OAOEV-Mitglieder dort vor Ort zu betreuen. Dafür sind wir der KLU zu Dank verpflichtet.“

LÄNDERNEWS

Eurasische Wirtschaftsunion

Um einen Mangel an sozial wichtigen Gütern zu verhindern, genehmigte der Rat der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) Anfang April eine **erweiterte Liste der vom Einfuhrzoll befreiten Waren**. Die Zollfreiheit gilt bis zum 30. Juni 2020. Im Vordergrund steht dabei, die negativen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Virus-Pandemie zu minimieren und sich der veränderten Nachfrage der Bevölkerung und der medizinischen Organisationen anzupassen. Die Liste der Produkte umfasst vor allem bestimmte Agrar- und Lebensmittelprodukte, darunter viele Gemüsesorten, Langkornreis, Säfte und Fertiggerichte für Babynahrung, ausgewählte Arzneimittel und medizinische Produkte. Auch die Liste der Waren, die zur Herstellung von Arzneimitteln sowie für medizinische Versorgung verwendet werden, erweiterte die EAWU. Die Liste gilt bis zum 30. September 2020. (GTAI)

Westbalkan

Die Staaten des westlichen Balkans (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien) haben seit April an einigen Zolldienststellen **„grüne Korridore“ für die Ein- und Durchfuhr bestimmter Lebensmittel und Medizinprodukte geschaffen**. Die Korridore sollen eine bevorzugte und somit schnellere Zollabfertigung dieser Waren bis zum Ende der Coronakrise sicherstellen. Auf der gemeinsamen Warenliste der sechs CEFTA-Staaten stehen unter anderem Fleisch, Milchprodukte, Obst und Gemüse, Getreide, Tierfutter, medizinische Schutzausrüstung, Sterilisations- und Beatmungsgeräte. (GTAI)

Ausfuhrdeckungen

Die EU-Kommission hat Ende März entschieden, dass **Exportgeschäfte zu kurzfristigen Zahlungsbedingungen (bis 24 Monate) innerhalb der EU und in ausgewählten OECD-Ländern mit staatlichen Exportkreditgarantien abgesichert wer-**

den können. Die erweiterten Deckungsmöglichkeiten sind zunächst bis Ende 2020 befristet. Sie gelten für alle 27 EU-Länder sowie weitere OECD-Mitgliedstaaten. Die nun getroffene Ausnahmeregelung dürfte vor allem im Bereich der Sammeldeckungen unter der Ausfuhr-Pauschal-Gewährleistung (APG und APG-light) zu einer erhöhten Nachfrage führen. Über die APG und ihre kleine Schwester APG-light können sich Exporteure, die wiederholt mehrere Besteller in unterschiedlichen Ländern beliefern, gegen Forderungsausfälle absichern. Die zur Absicherung beantragten Geschäfte werden einzeln geprüft und bei ausreichender Bonität des ausländischen Kunden in den Vertrag einbezogen. Für die oben genannten Länder entfällt die Anbieterspflicht.

Service-Hotline +49 40 88 34 90 00

Kontaktstelle Lieferketten

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat Ende April eine **„Kontaktstelle zur Sicherstellung in den Lieferketten“ eingerichtet**. Die Kontaktstelle Lieferkette dient als zentrale Anlaufstelle der Bundesregierung für Unternehmen und behandelt sowohl Probleme bei der Herstellung und Lieferung von Zuliefererprodukten als auch der allgemeinen Rohstoffversorgung. Zudem ist ein Kommunikations- und Lösungsnetzwerk mit Bundesministerien, Länderwirtschaftsministerien und Verbänden errichtet worden, um zeitnah und fallspezifisch handeln und Erfahrungen schnell austauschen zu können. Unternehmen können sich bei Problemen im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten an die Kontaktstelle wenden.

kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de

Auslandsmesseprogramm 2021

Unternehmen mit Produkten „made in Germany“ können auch im nächsten Jahr wieder auf Auslandsmessen zu günstigen Bedingungen im Rahmen von Gemeinschaftsbeteiligungen ausstellen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat dafür im April das **Auslandsmesseprogramm 2021** festgelegt. Insgesamt sind 282 Beteiligungen in 56 Ländern geplant. Die Regionen Südost- und Zentralasien bleiben auch im

Jahr 2021 die wichtigsten Zielregionen: 111 Beteiligungen sind dort geplant, darunter sieben in Zentralasien. Weitere Zielregionen sind die europäischen Länder außerhalb der EU, wo es 47 Messebeteiligungen gibt, davon allein 37 in Russland und vier in der Ukraine. Das Bundeswirtschaftsministerium hat die Beteiligungskonditionen vor dem Hintergrund der aktuell besonders schwierigen Lage für die Wirtschaft deutlich verbessert. Diese Erleichterungen können bis in das nächste Jahr reichen. (AUMA)



Blick zurück nach vorn

Mit der vorliegenden Ausgabe stellen die Osteuropa Informationen ihr Erscheinen ein. Anlass für uns, die Entstehungsgeschichte dieser Publikation zu beleuchten und ihren Wandel zu dokumentieren, der auch ein kleines Kapitel deutscher Mediengeschichte erzählt.

Mehr als zwei Jahrzehnte lang boten die Ost-Ausschuss Informationen (seit 2018 Osteuropa Informationen) deutschen Unternehmen eine Orientierungshilfe für die „komplizierten Märkte mit großer Zukunftsbedeutung“ (Zitat Otto Wolff von Amerongen) im östlichen Europa: Entstanden ist die Publikation 1997 in Köln, wo seinerzeit in den Räumen des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) am Gustav-Heinemann-Ufer der „Ost-Ausschuß“ residierte.

Damals hatte die Rechtschreibreform das „ß“ noch nicht zurückgedrängt, zu Zentralasien sagte man noch „Mittelasien“, die EU-Osterweiterung und die flächendeckende Einrichtung deutscher Auslandshandelskammern stand noch bevor und das Internet steckte in den Kinderschuhen. Dementsprechend begehrt waren von Seiten der Unternehmen verlässliche Wirtschaftsinformationen über die Region.

Erste Ausgabe 1997

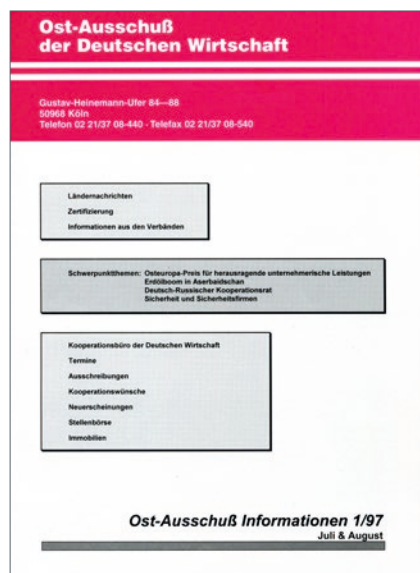
Anfangs, so erinnern sich damalige Mitarbeiter, wurden die „Ost-Ausschuß Informationen“ in einer Auflage von 200 Stück gedruckt, von Hand in Briefumschläge gepackt und dann an Unternehmen und Verbände verschickt. Die erste Ausgabe aus dem Juli 1997, damals von Annette Eisenmann betreut, hatte einen Umfang von 48 eng beschriebenen Seiten. Berichtet wurde unter anderem über eine Delegationsreise des Ost-Ausschusses mit Bundesaußenminister Klaus Kinkel nach Rumänien und über die 6. Sitzung des Deutsch-russischen Kooperationsrates mit Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt in Jekaterinburg.

Vor allem aber enthielt die Publikation, die fortan sechs Mal im Jahr erschien, unzählige Wirtschaftsmeldungen aus den Partnerländern, Hinweise auf neue Gesetze und auf Kooperationswünsche osteuropäischer Un-

ternehmen, Projektausschreibungen, Stellengesuche, Termin- und Sicherheitshinweise und sogar Immobilienangebote.

Erster Relaunch 2002

Pünktlich zum 50-jährigen Jubiläum des Ost-Ausschusses 2002 wurde das Heft durch den nun zuständigen Redakteur Martin Hoffmann dem ersten Relaunch unterzogen. Als Glücksfall erwies sich die Zusammenarbeit mit dem OWC-Verlag für Außenwirtschaft unter Jutta Falkner. Die Ost-Ausschuss Informationen wurden nun farbig und professionell layoutet und erschienen auch als Beilage des Magazins „Ost-West-Contact“. Zum Markenzeichen entwickelte sich das Editorial auf dem Cover samt Unterschrift, das in der Regel ein namhaftes Ost-Ausschuss-Mitglied beisteuerte. Aber auch Präsidenten der EBRD kamen hier zu Wort.



Die Erstausgabe der OAI 1997: Die Zeitschrift war mehr als zwei Jahrzehnte das Sprachrohr des Ost-Ausschusses.

Einzelne Ausgaben wurden bis zu 12.000 mal gedruckt, bis zu zehn Ausgaben erschienen pro Jahr. Anzeigenseiten wurden integriert. Nach Martin Hoffmann wurden die OAI, wie die Publikation kurz hieß, von Juliane von Hennig und dann viele Jahre von Eduard Kinsbruner gestaltet, seit 2008 in Abstimmung mit dem Leiter der Ost-Ausschuss-Pressestelle Andreas Metz. Die einzelnen Ausgaben erhielten Schwerpunktthemen, die Autoren wurden vielfältiger.

Namensänderung nach der Fusion

Im Oktober 2014 übernahm Christian Himnighoffen als leitender Redakteur. Weitere Umgestaltungen folgten: Mehr Interviews, mehr Grafiken und größere Fotos wurden integriert, bis das Heft 2018 erstmals mit einem echten Magazin-Cover erschien. Mit dem Zusammenschluss von Ost-Ausschuss und Osteuropaverein wurde das Magazin zudem in Osteuropa Informationen (OEI) umbenannt.

Mit der vorliegenden Ausgabe stellen die OEI nunmehr Ihr Erscheinen ein. Im Twitter-Zeitalter haben sich neue Lesegegewohnheiten ausgeprägt: Von Informationen wird heute erwartet, dass sie möglichst passgenau und in Echtzeit vorliegen. Dem trägt der Ost-Ausschuss - Osteuropaverein Rechnung und konzentriert sich auf den Ausbau seiner vielfältigen elektronischen Informationsangebote vom monatlichen Newsletter, über Facebook und LinkedIn, bis hin zu regelmäßigen Updates über Länder und Regionen.

Andreas Metz

Leiter Presse und Kommunikation im OAEOV

OAOEV in Kürze

OAOEV mit neuen Informationsangeboten

Mit einer werktäglich aktualisierten Übersicht informieren wir Sie über den gegenwärtigen Stand der Entwicklungen in den 29 Zielländern des OAOEV und empfehlen Ihnen Internet-Seiten, auf denen Sie sich fortlaufend ein eigenes Bild der Lage verschaffen können. Mit unseren neuen OAOEV-Updates halten wir Sie zudem über die Corona-Entwicklung in den 29 Ländern unserer Region auf dem Laufenden. Zu den Angeboten gehören fünf regionalspezifische Updates, in denen unsere Regionaldirektoren für Mitteleuropa, Südosteuropa, Osteuropa/Südkaucasus, Russland und Zentralasien aktuelle Entwicklungen in ihrer Region für Sie zusammenfassen und Sie über ihre Arbeit informiert halten.

www.oaoev.de

Jetzt inserieren: 15. Auflage des Mittel- und Osteuropa Jahrbuchs des OAOEV erscheint im Juni

Am 17. Juni 2020 erscheint das Mittel- und Osteuropa Jahrbuch des Ost-Ausschuss - Osteuropaverbands (OAOEV) in der 15. Auflage. Das Jahrbuch enthält neben dem Jahresbericht des OAOEV und dem Mitgliederverzeichnis aktuelle Informationen über alle 29 Länder des östlichen Europas und Zentralasiens. Das Jahrbuch ist damit auch ein wertvolles Nachschlagewerk. Die Auflage liegt bei 3.000 Exemplaren plus E-Paper. Es wird den Mitgliedern und Partnern des OAOEV kostenlos zugestellt und auf den Veranstaltungen des OAOEV verbreitet. Wir würden uns freuen, wenn Sie die Ausgabe durch Ihre Anzeige unterstützen und so Ihr großes wirtschaftliches Engagement in und für Mittel- und Osteuropa unterstreichen.

Für Anfragen zur Insertion steht Ihnen das Anzeigenteam vom OWC Verlag für Außenwirtschaft gerne zur Verfügung: Telefon +49 30 615089-28 oder jg@owc.de

Neuaufstellung des AK Gesundheit

Die Corona-Krise hat die deutsche Gesundheitswirtschaft ins Rampenlicht katapultiert: Auch in Osteuropa wird sehr genau beobachtet, wie innovativ sich die Branche in Deutschland entwickelt hat und welche Lösungen zur Bewältigung der aktuellen Krise angeboten werden. Dazu passt, dass sich der OAOEV-Arbeitskreis Gesundheitswirtschaft neu aufgestellt hat und nun eng mit der GHA - German Health Alliance zusammenarbeitet. Am 7. April fand die erste Video-Konferenz des neuen Arbeitskreises mit über 30 Teilnehmern statt, bei der sich auch Martina

Unsel von Siemens Healthineers als neue Arbeitskreissprecherin vorstellte.

ZDS: Beginn verschoben

Das Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans (ZDS) reagiert auf die aktuelle Situation um Covid19. Der Beginn der Praktika wurde in Abstimmung mit dem BMZ, der GIZ und den Partnerunternehmen auf den 1. Oktober 2020 verschoben. Der Empfang für die 17. Stipendiatengeneration findet voraussichtlich am 24. September 2020 in Berlin statt.

Arbeitskreise tagen online

Die Corona-Pandemie und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen in Mittel- und Osteuropa sowie die von den einzelnen Ländern ergriffenen Gegenmaßnahmen haben zu einem deutlich erhöhten Informationsbedarf der Mitgliedsunternehmen geführt. Der Ost-Ausschuss führt deshalb seit Anfang April zahlreiche Online-Sitzungen der Länderarbeitskreise durch, bei denen Vertreter der Bundesregierung, der Regierungen der Partnerländer sowie der Auslandshandelskammern und deutschen Botschaften in den Partnerländern über die aktuellen Entwicklungen informierten.

Auf der Sitzung des AK Russland Mitte April informierte der russische Vize-Industrieminister Wasilij Osmakow über

die Anti-Krisen Maßnahmen seiner Regierung. Der AK Zentralasien traf sich unter anderem mit dem usbekischen Vize-Premierminister und Minister für Investitionen und Außenhandel der Republik Usbekistan Sardor Umurzakov. Am 29. April diskutierten Vertreter von rund 30 deutschen Unternehmen mit dem Vize-Gouverneur der Nationalbank der Ukraine Dmytro Sologub über die aktuelle finanzielle und makroökonomische Lage der Ukraine, und unter der Leitung von Vize-Premier Roman Sklyar stellten sich am 21. April insgesamt sechs Vize-Minister der kasachischen Regierung in einer Video-Konferenz den Fragen der Ost-Ausschuss-Mitgliedsunternehmen.

Berichte zu diesen Veranstaltungen finden Sie unter www.oaoev.de



Virtuelles Treffen: Online-Sitzung des AK Mitteleuropa

Die zweite Transformation

Die Corona-Epidemie stellt auch Mittel- und Osteuropa vor eine enorme wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderung. Der Wiederaufbau könnte aber die Chance für eine zweite Transformation sein, wenn die Weichen richtig gestellt werden.

Man schrieb das Jahr 2009: Im Gefolge der internationalen Finanzkrise stürzten alle europäischen Staaten in eine mehr oder minder tiefe Rezession. Alle? Nein, ein Land in Mitteleuropa leistete hartnäckigen Widerstand. Polen verzeichnet als einzige europäische Volkswirtschaft seit den frühen 1990er Jahren durchgehend Wirtschaftswachstum. Die Corona-Krise dürfte diese Bilanz nun trüben.

Das Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) erwartet in seiner aktuellen Frühjahrsprognose einen beispiellosen Rückgang der Wirtschaftsleistung in Mittel- und Osteuropa um 6,1 Prozent. Die Wachstumseinbrüche reichen dabei von minus elf Prozent in Kroatien bis zu minus drei Prozent in Kasachstan und Moldau. Für Polen wird ein vergleichsweise moderater Rückgang um vier Prozent prognostiziert. Ähnliches gilt für Tschechien und Ungarn. Allerdings weisen die Forscher darauf hin, dass die Abwärtsrisiken dieser Prognose erheblich sind – es kann also alles auch viel schlimmer kommen.

Offene Länder besonders betroffen

„Länder, die von Handel oder Tourismus abhängig sind, sind besonders betroffen“, sagt Richard Grieveson, der stellvertretende wiiw-Direktor und Hauptautor der Prognose. Das sind vor allem kleine, offene Volkswirtschaften wie die Slowakei und Urlaubsziele wie Kroatien oder Montenegro. Betroffen sind zudem Länder, die in hohem Maße von den Heimatüberweisungen im Ausland arbeitender Landsleute abhängig sind. Die Weltbank erwartet für 2020 einen signifikanten Rückgang dieser Rücküberweisungen in Osteuropa und Zentralasien um fast 28 Prozent.

Dazu kommt für einige Länder noch der Ölpreisschock, der insbesondere die großen

Ölproduzenten der Region Russland, Kasachstan und Aserbaidschan trifft. Das wiiw rechnet für Russland mit einem BIP-Rückgang um sieben Prozent, Kasachstan kommt aufgrund der umfangreichen Unterstützungsmaßnahmen für die Wirtschaft mit minus drei Prozent etwas besser davon.

„Für die Wirtschaft in den Ländern haben die harten Antikrisenmaßnahmen natürlich große Schwierigkeiten mit sich gebracht“, sagt OAOEV-Geschäftsführer Michael Harms: „Die Maßnahmen belasten den Konsum in den Ländern, der in den vergangenen Jahren fast überall einen großen Anteil am Wirtschaftswachstum hatte. Außerdem führen die Grenzschließungen und Produktionsstillegungen zu enormen Belastungen für die grenzüberschreitenden Lieferketten“

Verflechtung mit Deutschland

Länder wie Polen und Tschechien, die etwa im Vergleich zu Deutschland und Russland sehr geringe Corona-Infektionszahlen registriert haben, geraten nicht zuletzt wegen der engen Verflechtung mit der deutschen Wirtschaft in die Krise. Wenn Deutschlands Autowerke, Zulieferer und andere Industriebetriebe die Produktion einstellen, Grenzen und Geschäfte geschlossen werden, und die Haushalte kaum noch konsumieren, hat das unmittelbare Rückwirkungen auf die Volkswirtschaften Mittel- und Osteuropas – und umgekehrt.



Unter Einhaltung strenger Hygienevorschriften fährt die Industrie die Produktion wieder hoch.

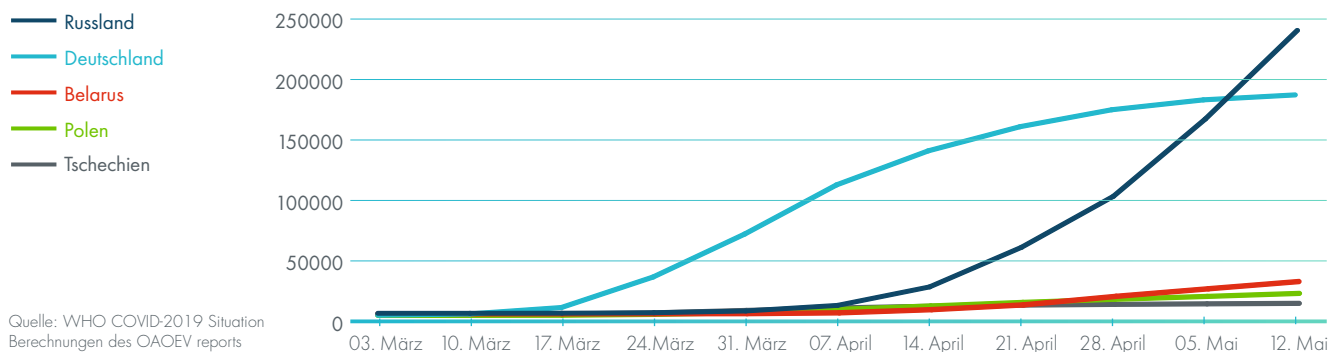
Die gute Nachricht ist: Diese Abhängigkeit funktioniert auch im Aufschwung. „Alle Länder, die jetzt aufgrund ihrer Offenheit besonders leiden, haben grundsätzlich auch die Chance, stärker vom Wiederaufschwung zu profitieren“, sagt wiiw-Direktor Mario Holzner. Zudem spielt die Qualität des Gesundheitssystems eine wichtige Rolle: „Die Länder, die besser funktionierende Gesundheitssysteme haben, können mehr Lockerungen wagen“, sagt wiiw-Forscher Grieveson: „Ein weiterer Faktor, der sehr wichtig ist, ist der fiskalische Spielraum. Das wird große Auswirkungen auf die Erholung haben.“ Davon profitieren etwa Länder wie Polen oder Kasachstan, die umfangreiche finanzielle Ressourcen einsetzen, um die Folgen der Pandemie abzufedern.

Viel Geld in die Hand genommen

Ähnlich wie Deutschland nehmen nahezu alle 29 Länder Mittel- und Osteuropas für Ihre Verhältnisse viel Geld in die Hand, um die Folgen der Corona-Krise, insbesondere die Insolvenz von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und eine drohende Massenarbeitslosigkeit, einzudämmen. Nachtrags Haushalte, Haushaltskürzungen, die Umwidmung der Mittel zur Krisenbekämpfung, die Befreiung oder Stundung von Steuern und Sozialabgaben sowie verbilligte Kreditlinien und Zuschüsse für besonders betroffene Branchen und Bürger gehören fast überall zum staatlichen Notfallinstrumentarium.

Unterstützt werden die Staaten von Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Asian Development Bank und der EBRD. Die Osteuropabank hat angekündigt, dass sie 2020 und 2021 ihre gesamten Mittel im Umfang von 21 Milliarden Euro in den Dienst der Krisenbewältigung stellen wird. Die EU stellt nicht nur für ihre Mitgliedsländer Milliardenbeträge zur Bewältigung der Krisenfolgen bereit, sondern unterstützt auch die Beitritts-

Infektionsentwicklung im Vergleich (Zahl der nachgewiesenen Infizierten)



kandidaten auf dem Westlichen Balkan und die Länder der Östlichen Partnerschaft.

Wirtschaft fährt wieder hoch

So schnell wie im März Grenzen, Schulen, Läden und Werke geschlossen, Ausgangsbeschränkungen verhängt und Beschäftigte in die Zwangspause geschickt wurden, werden die Lockerungen nicht vonstattengehen. Doch seit Mitte April gibt es überall im östlichen Europa einschließlich des stark betroffenen Russlands Lockerungsübungen, um der Wirtschaft wieder Luft zum Atmen zu verschaffen.

Und die Wirtschaft zieht mit: Die stark betroffene Autoindustrie nimmt ihre Werke in Mittel- und Osteuropa wieder in Betrieb, insbesondere um die steigende Nachfrage aus China zu befriedigen. Der in Osteuropa stark vertretene deutsche Autobauer VW hat in seinem Werk in Bratislava bereits Mitte April wieder die Fertigung aufgenommen, seit Ende April auch wieder im russischen Kaluga. Nach einer dreiwöchigen Pause hat BSH Haushaltsgeräte am 20. April die Produktion von Waschmaschinen, Trocknern und Geschirrspüler im polnischen Lodz wieder aufgenommen. Andere Unternehmen konnten auch während der Krise weitgehend weiter produzieren wie der Dortmunder Pumpenhersteller Wilo. In Russland durfte Wilo als systemrelevantes Unternehmen die Produktion aufrechterhalten, schließlich werden Pumpen auch für Krankenhäuser und Kraftwerke gebraucht.

Verhaltener Optimismus für 2021

Die Prognosen für 2021 klaffen deutlich auseinander: Das wiiw erwartet für die Region ein eher bescheidenes Wachstum von 2,8 Prozent. Etwas optimistischer zeigt sich die EBRD, die für die Gesamtregion ein

Wachstum von 4,8 Prozent erwartet. Spannender als die quantitativen Entwicklungen dürfte aber die Frage sein, welche qualitativen Veränderungen es durch die Corona-Epidemie mittel- und langfristig in der Region geben wird.

Wie zum Beispiel entwickelt sich das Thema Fachkräftemangel in Mittel- und Osteuropa? Erledigt sich dieses nun durch die steigende Arbeitslosigkeit? Eher nicht. „Der vorübergehende Anstieg der Arbeitslosigkeit wird nicht stark genug sein, um den Bevölkerungsrückgang mittelfristig auszugleichen“, schreibt das wiiw in seiner jüngsten Prognose. Der in Mittel- und Osteuropa tätige Personalberater Christian Tgethoff beobachtet, dass die von ihm betreuten Unternehmen bislang weitgehend auf Entlassungen verzichtet haben (s. S. 18): „Die Geschäftsführer und Personalleiter erklären das Festhalten an ihren Belegschaften mit deren hoher Bedeutung für die Unternehmen – qualifizierte und motivierte Mitarbeiter seien zu wertvoll, um sie in der Krise einfach abzugeben.“

Deglobalisierung und Reshoring

Dennoch könnte Mittel- und Osteuropa von einem Trend zur „Deglobalisierung“, der Rückverlagerung von Zulieferketten nach Europa profitieren, insbesondere wenn der Automatisierungsgrad weiter steigt und damit weniger Arbeitskräfte in der Produktion benötigt werden. Die EBRD erwartet in ihrer Analyse der Corona-Auswirkungen, dass die Neubewertung der Konzentrationsrisiken in der globalen Produktion zum „Reshoring“ und der Diversifizierung von Produktionsprozessen führen und neue Geschäftsmöglichkeiten für Unternehmen in den EBRD-Regionen eröffnen werde. „Von den gegenwärtigen Überlegungen, Lieferketten zu regionalisieren und strategisch

Bei der Ausbreitung des Corona-Virus in den 29 Ländern Mittel- und Osteuropas und Zentralasien gibt es erhebliche Unterschiede in der Dynamik. Länder wie Polen und Tschechien, die früh harte Einschränkungen verhängt haben, konnten die Zahl der Infizierten in Grenzen halten. Länder, die spät oder gar keine Maßnahmen ergriffen, wie Russland und Belarus, verzeichneten dagegen eine hohe Infektionsdynamik. So hatte Polen Anfang April 4.102 Infizierte, Russland 5.389. Bereits bis Mitte Mai war der russische Wert auf das 15-fache des polnischen Werts geklettert. Inzwischen nimmt Russland nach der Zahl der Infizierten weltweit den zweiten Platz nach den USA ein.

wichtige Produktionsprozesse in Europa zu konzentrieren, könnten gerade die mittel- und osteuropäischen Länder profitieren, die bereits eng in die Wertschöpfungsketten deutscher Unternehmen integriert sind“, sagt auch der OAOEV-Vorsitzende und Wilo CEO Oliver Hermes.

Der Trend zur „Deglobalisierung“ gibt allerdings auch dem Protektionismus Auftrieb. Die Störung internationaler Lieferketten lässt nicht nur in Russland Rufe nach einer noch stärkeren Importsubstitution und Produktionslokalisierung laut werden. Bereits Anfang April hatte die russische Regierung eine „Strategie zur Entwicklung der verarbeitenden Industrie bis 2035“ verabschiedet. Demnach soll der Anteil lokal produzierter Bauteile in 20 Schlüsselbranchen signifikant ansteigen.

Digitalisierung, Gesundheit und Klimaschutz

Jenseits dieser branchenübergreifenden Großtrends dürften auch einige Branchen

durch die Corona-Epidemie einen Schub bekommen: In Zeiten von Reisebeschränkungen und Grenzschießungen führen Videokonferenzen, Remote Working, Fernwartung und neue Entwicklungen im 3D-Druck dazu, dass Europa gerade in

Lichtgeschwindigkeit dazulernt. Schon heute stechen einzelne Projekte, Start-Ups und Länder in Mittel- und Osteuropa, nicht nur der IT-Pionier Estland, durch ihre Innovationskraft hervor. Ein eher unbekanntes Beispiel ist etwa Moldau, wo es bereits seit

Ende 2012 ein „Mobiles-ID“-Programm existiert, auf dessen Basis Dutzende elektronische Dienste verfügbar sind. (s. S. 14f).

Zudem dürfte als Lehre aus der Corona-Krise der Gesundheitssektor einen Nachfrageschub erleben. Auch mit Unterstützung internationaler Geldgeber werden jetzt die Weichen für eine nachhaltige Entwicklung der Gesundheitsmärkte Osteuropas gestellt. „Gerade dort, wo Gesundheitssysteme noch sehr stark ausgebaut werden können, ist die Gestaltungsfreiheit enorm“, sagt Martina Unseld (Siemens Healthineers), die Sprecherin des Arbeitskreises Gesundheitswirtschaft im OAOEV (s. S. 12). Für deutsche Anbieter könnte dies neue, gute Absatz- und Investitionsmöglichkeiten eröffnen.

Zu den vielleicht weniger erwarteten Gewinnern der Corona-Pandemie könnten auch grüne Technologien werden. „Wenn man es jetzt klug anstellt und mit den Rettungspaketen gleichzeitig in Klimaschutzmaßnahmen investiert, wären damit ebenfalls deutliche Chancen für die deutsche Wirtschaft verbunden“, sagt OAOEV-Geschäftsführer Harms. Der Übergang zu einer klimaneutralen, energieeffizienten Wirtschaft eröffnet entsprechenden Anbietern gewaltige Marktchancen in Osteuropa und Zentralasien, wo das Thema rapide an Bedeutung gewinnt. Nationale und internationale Programme zum Wiederaufbau der Wirtschaft nach der Corona-Pandemie dürften einen starken Akzent auf klimaschonende und nachhaltige Investitionen setzen.

Region hat gute Chancen

„Es ist jetzt entscheidend, mit nationalen Hilfspaketen und Unterstützung aus der EU die in den vergangenen drei Jahrzehnten gelegte starke Basis zu erhalten und strategisch in Zukunftsfelder wie die Gesundheitswirtschaft, den Pharmabereich, die Digitalwirtschaft und den Klimaschutz zu investieren“, sagt der OAOEV-Vorsitzende Oliver Hermes: „Die Region hat vergleichsweise gute Chancen, robust aus dieser Krise hervorzugehen.“

Christian Himmighoffen

Referent Presse und Kommunikation im OAOEV



„Gesundheitsschutz hat oberste Priorität“

Bernd Hones, Head of Industrial Department Russia bei Schaeffler in Russland, über die Auswirkungen der Corona-Krise für sein Unternehmen und die Aussichten für die Zeit danach.

Wie ist Ihr Unternehmen in Russland konkret von der Corona-Krise und den Schutzmaßnahmen der russischen Regierung betroffen?

Schaeffler hat als international tätiger Automobil- und Industriezulieferer in Russland eine eigene Vertriebsgesellschaft in Moskau mit Warenlager vor den Toren der Stadt und ein Produktionswerk in der Stadt Uljanowsk an der Wolga. Von unseren 250 Mitarbeitern ist bislang niemand am Coronavirus erkrankt. Die Schutzmaßnahmen der russischen Regierung haben den Arbeitsalltag verändert, aber Produktion und Vertrieb der drei Divisionen Automotive OEM, Automotive Aftermarket und Industrie laufen weiter. Wir kommen den Verpflichtungen unseren Kunden gegenüber uneingeschränkt nach. Gleichzeitig haben wir umfassende Hygienemaßnahmen getroffen, denn der Schutz und die Gesundheit der Mitarbeiter haben für uns oberste Priorität.

Welche Maßnahmen hat Ihr Unternehmen als Reaktion auf die Krise ergriffen?

Bereits einige Wochen vor den offiziellen Schutzmaßnahmen der russischen Regierung hat Schaeffler auf die Corona-Pandemie reagiert. Das tägliche Messen der Temperatur bei Mitarbeitern, verbindliche Hygiene- und Kontaktregeln, das Arbeiten im Home Office sowie der Empfang externer Besucher nur nach strengen Vorgaben waren erste wichtige Maßnahmen zum Schutz unserer Mitarbeiter. Seit dem Erlass des russischen Präsidenten gibt es beispielsweise im Warenlager keinen persönlichen Kontakt mehr zwischen den Fahrern und Lageristen.

Auch im Werk in Uljanowsk gilt: Gesundheit hat Vorrang. Alle Mitarbeiter arbeiten mit Masken und achten auf den Mindestabstand von 1,50 Metern. Weil so derzeit weniger Mitarbeiter gleichzeitig im Werk tätig sein können, arbeiten wir mittlerweile in drei Schichten, um den Kundenaufträgen nachzukommen. Die Mehrkosten für dieses Dreischicht-System trägt Schaeffler selbst. Besuche von Kunden finden momentan nicht mehr statt. Aber wir sind telefonisch oder über Videokonferenzen mehr denn je mit unseren Kunden aus dem ganzen Land und in verschiedenen Branchen im Austausch.

Wie beurteilen Sie die mittel- und langfristigen Aussichten auf dem russischen Markt?

Mittelfristig wird auch Russland wirtschaftlich unter den Folgen der Corona-Krise leiden. Aber das betrifft nicht alle Branchen. Einige Kunden – vor allem im Bereich Automotive sowie Öl und Gas – werden ihre Pläne für das laufende Jahr anpassen. Andere wiederum halten Kurs: Dazu zählen unsere Kunden im Agrarsektor oder in der Bahnindustrie. Langfristig sieht Schaeffler in Russland weiterhin große Wachstumschancen.

„Die Kluft in Mittel- und Osteuropa wird sich vergrößern“

Die Corona-Epidemie stürzt Mittel- und Osteuropa in die Krise. Die OEI sprachen mit Mario Holzner, Direktor des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw), über die Auswirkungen und die mittel- und langfristigen Folgen für die Region.



Mario Holzner

Direktor des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)

Welche Länder in Mittel- und Osteuropa (MOE) sind besonders von der Corona-Epidemie betroffen?

Grundsätzlich trifft die Corona-Krise alle Länder, denn die globale Wirtschaftslage ist katastrophal und nur mit den 1930er Jahren vergleichbar. Wir gehen für 2020 in Mittel- und Osteuropa von Einbrüchen der Wirtschaftsleistung zwischen minus drei und minus elf Prozent aus. Das ist eine sehr grobe Einschätzung, und die Abwärtsrisiken sind bei dieser Prognose enorm. Die Kluft innerhalb der mittel- und osteuropäischen Länder wird sich jedenfalls vergrößern. Es wird Länder geben, die relativ schnell aus der Krise herauskommen und wieder an früheres Wachstum anknüpfen können, und andere, die für längere Zeit schwaches Wachstum aufweisen werden.

Welche Unterschiede gibt es zwischen den Ländern?

Die unterschiedliche Entwicklung rührt daher, dass insbesondere die Länder, die besonders abhängig vom Tourismus und Außenhandel sind, die größten Wachstumsrück-

gänge verzeichnen. Die massivsten Einbrüche erwarten wir daher in Kroatien, Montenegro, Slowenien, der Slowakei und Lettland. Demgegenüber sehen wir in Ländern, die etwas größer sind, mehr fiskalische Spielräume haben, weniger vom Außenhandel abhängig sind und in denen die Landwirtschaft eine größere Bedeutung hat, wie zum Beispiel Polen, Serbien, Moldau oder Kasachstan, geringere Rückgänge.

Welche Rolle spielt die wirtschaftliche Verflechtung mit Deutschland?

Alle Länder, die jetzt aufgrund ihrer Offenheit besonders leiden, haben grundsätzlich auch die Chance, stärker vom Wiederaufschwung zu profitieren. Länder, die mit Deutschland zum Beispiel im zentraleuropäischen Automobilcluster und über die Produktion von Industriegütern verbunden sind, werden profitieren, wenn die Nachfrage in China wieder anzieht, also von Faktoren, die für Deutschland wichtig sind. Österreich ist in MOE dagegen weniger in der Industrie unterwegs, sondern mehr im Bereich Banken, Versicherungen und Einzelhandel. Für Österreich spielt daher die Entwicklung der lokalen Nachfrage eine größere Rolle. Bei anderen Ländern wiederum hängt die Entwicklung davon ab, wie sehr diese von der russischen Wirtschaft abhängig sind, die unter dem Ölpreiserückgang leidet.

Wie sieht denn Ihr Szenario für Russland aus?

In Russland sah es ja in den letzten Jahren schon nicht rosig aus, weil das Land einen extrem konservativen wirtschaftspolitischen Kurs gefahren ist. Stabilität hatte Priorität vor Wirtschaftswachstum. Das wird so weitergehen: Man wird darauf achten, dass man den Ölfonds nicht allzu sehr herunterfährt. Das geht auf Kosten des Wirtschaftswachstums, das auf Jahre hinaus sehr niedrig sein

wird. Dadurch werden auch Länder wie Belarus, die stark auf russische Unterstützung angewiesen sind, Probleme bekommen.

In den letzten Jahren beklagten westliche Investoren vor allem den Fachkräftemangel in MOE. Hat sich dieses Problem erstmal erledigt?

Nein, das Problem wird bald wieder zurückkehren. Es gab jetzt einen heftigen externen Schock, der aber nicht zu einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit führt, wenn er nicht zu lange andauert. Der Verlust vor allem von jungen Arbeitskräften könnte sich durch die Krise sogar noch verstärken. Die Menschen wollen nicht mehr in einem Land leben, in dem zum Beispiel die Kapazitäten des Gesundheitswesens unzureichend sind. Das sind Faktoren, die abseits vom Lohngefälle auch bisher schon eine Rolle gespielt haben. Das Problem wird nur teilweise abgemildert durch die Migration aus Osteuropa nach MOE, zum Beispiel aus der Ukraine nach Tschechien und Polen. Parallel werden wir eine verstärkte Robotisierung und Digitalisierung beobachten.

Wird MOE von einem Trend zur Deglobalisierung profitieren?

Ein gewisser Rückgang der Globalisierungsbewegung ist schon seit Jahren zu beobachten und könnte durch die Krise verstärkt werden, zumindest in bestimmten Branchen wie in der Pharma- und Gesundheitswirtschaft. Wir vermuten, dass es zu mehr „Nearshoring“ kommen wird, dass deutsche, französische oder italienische Firmen Teile der Produktion aus Ostasien nach Mitteleuropa verlagern werden. Aber es wird sich zeigen, ob die Länder der Region diese Investitionen auch tatsächlich anziehen können. Wenn die Produktion ohnehin automatisiert wird, wird sie vielleicht auch direkt ins Heimatland zurückgeholt, ohne den Umweg über Mittel- und Osteuropa. (Him)

„Wir tragen eine große Verantwortung“

Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft ins Scheinwerferlicht gerückt. Die OEI sprachen mit der neuen Sprecherin des AK Gesundheitswirtschaft Martina Unseld (Siemens Healthineers) über die Lehren aus der Pandemie und zukünftige Trends.

Wie sind Ihre ersten Eindrücke als Sprecherin des AK Gesundheitswirtschaft im OAOEV?

Ich bin beeindruckt von der Vielfalt der Länder und Themen, die im Ost-Ausschuss adressiert werden. Gleichzeitig sind auch die Mitgliedsunternehmen was ihr Portfolio betrifft sehr unterschiedlich. Es wird eine spannende Aufgabe, die Kernthemen zu identifizieren und die Interessen zu bündeln. Die ersten Wochen der Zusammenarbeit waren bereits sehr intensiv und ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam viel erreichen können und das Image der Gesundheitswirtschaft in Osteuropa weiter stärken werden.

Die Gesundheitswirtschaft spielt im globalen Maßstab eine überragende Rolle. Wie schätzen Sie die aktuelle Lage aus Sicht der Industrie ein?

Oft wird Gesundheit als etwas sehr Individuelles betrachtet, und das ist absolut nachvollziehbar. Jeder Mensch möchte gesund sein und wünscht sich dies für seine Familie und Angehörigen. Gesundheit ist jedoch auch die Voraussetzung für Wohlstand. Dies zeigt sich gerade jetzt während der Covid-19-Pandemie. Sind Arbeiter beispielsweise erkrankt, stehen Bänder still und die Wertschöpfung ist unterbrochen.

Die Unternehmen der Gesundheitswirtschaft haben die besondere Aufgabe, mit ihren Produkten und Erzeugnissen überall dort zu sein, wo Menschen diagnostiziert und behandelt werden. Wir tragen eine große Verantwortung, und Zuverlässigkeit ist dabei das Gebot der Stunde. Aktuell geht es darum, als Partner für die Regierungen und Gesundheitsversorger zur Verfügung zu stehen. Durch Corona bestätigt sich jedoch auch nochmal, wie wichtig es ist, in Forschung und Entwicklung zu investieren, neue Dinge zu erproben. Bestes Beispiel ist

die Digitalisierung im Gesundheitswesen: Ohne digitale Lösungen wäre die Behandlung von Covid-19-Patienten in der aktuellen Form nicht möglich. Konkret kann hier der Einsatz künstlicher Intelligenz bei der Auswertung von CT-Aufnahmen genannt werden.

Und jenseits von Corona: Welche Themen sind für Osteuropa von besonderer Relevanz?

Wir sehen, dass viele Länder in Osteuropa ihre Gesundheitssysteme weiterentwickeln wollen, wie zum Beispiel in Kasachstan und Usbekistan. Je nach dem Entwicklungsstand variieren auch die Themen, die dabei von Relevanz sind. Länder, die überwiegend eine gut ausgebaute Gesundheitsversorgung haben, arbeiten bereits an Strategien zur Bekämpfung bestimmter Erkrankungen, wie Russland mit dem nationalen Krebsplan. In anderen Ländern geht es zunächst darum, den Zugang zu Diagnostik und Therapie für die Bevölkerung sicherzustellen. Gerade dort, wo Gesundheitssysteme noch sehr stark ausgebaut werden können, ist die Gestaltungsfreiheit enorm. Oft gibt es in solchen Ländern auch eine hohe Bereitschaft, neue digitale Technologien zu implementieren, denen man in Ländern mit ausgereifteren Gesundheitssystemen eher kritischer gegenübersteht. Beispiele dafür sind Videosprechstunden oder Apps zum Management von Erkrankungen.

Herausfordernde Zeiten erfordern Innovation und Kräftebündelung. Welche Tendenzen sehen Sie in der internationalen Zusammenarbeit?

Die Covid-19-Pandemie zeigt gerade sehr eindrucksvoll, wie gut Zusammenarbeit funktionieren kann, wenn alle ein gemeinsames Ziel verfolgen. Ich hoffe sehr, dass wir diese positive Erfahrung auch zukünftig in unsere Arbeit einfließen lassen. Vonein-

ander lernen und Erfahrungen teilen – zu Gute einer Verbesserung der Gesundheitsversorgung, weltweit, für alle.

Jedoch müssen wir uns noch mehr die Frage stellen, wie Liefer- und Wertschöpfungsketten zukünftig aussehen sollen. Das Thema Lokalisierung wird mit Sicherheit noch intensiver diskutiert werden als vor Ausbruch der Pandemie. Schon jetzt ist es in einigen Ländern schwierig, als nicht-lokales Unternehmen bei Aufträgen Berücksichtigung zu finden. Hier braucht es sehr viel Dialog mit den Ansprechpartnern vor Ort. Denn letztendlich soll Gesundheitsversorgung immer den Bürgern eines Landes zu Gute kommen und nicht zum Spielball ökonomischer Interessen werden.

Die Fragen stellte

Petya Hristova, Koordinatorin des AK Gesundheitswirtschaft im OAOEV



Martina Unseld ist seit 2013 bei Siemens Healthineers im Bereich politische Kommunikation tätig. Während Sie zunächst nationale Themen betreut hat, wurde der Fokus über die Jahre immer internationaler. Aktuell konzentriert sich Frau Unseld auf Osteuropa. Über die Zusammenarbeit mit der German Health Alliance kam sie zur Mitarbeit im OAOEV und ist seit März Sprecherin des Arbeitskreises Gesundheitswirtschaft.

Bedürfnis nach Sicherheit und Berechenbarkeit

In Zeiten geschlossener Grenzen und länderübergreifender Lockdowns wird deutlich, was viele vergessen haben: Landwirtschaft ist systemrelevant. Mit welchen Veränderungen ist für die Branche zu rechnen? Und was bedeutet dies für die Ernährungssicherheit?

Die Corona-bedingten Veränderungen in Europa sind gerade durch die Schließung von Ländergrenzen augenfällig geworden – man denke an die Grenzschließungen Polens und Tschechiens, aber auch an die Quarantäne-Auflagen der Bundesregierung. Ernteeinsätze in der EU finden daher unter schwierigsten Bedingungen statt. Ernten lassen sich nicht verschieben.

Ähnlich hart ist die Agrarlogistik betroffen: Lieferungen erreichen ihre Ziele verzögert, weil Fahrerwechsel an den Grenzen notwendig werden. Die Düngerpreise sind wegen der Corona-bedingten Ungewissheit, aber auch im Zusammenhang mit dem Ölpreissturz in den Keller gesackt. Glücklicherweise fahren zahlreiche europäische Landtechnikunternehmen wie Claas in Harsewinkel ihre Produktion inzwischen wieder hoch oder passen ihr Produktionssystem pandemiegerecht an, wie John Deere in Mannheim und Zweibrücken.

Gerissene Lieferketten

Unterdessen sind die Preise für Milch und Fleisch weltweit in heftige Bewegung geraten, die Lebensmittelkette steht unter Druck – bei Transport, Verarbeitung, Verpackung und Distribution: Teilweise abgerissene Lieferketten verhindern Weiterverarbeitung und Konsum, und geschlossene Gastronomie braucht keine Ware – Überangebote und Preisstürze sind die Folge.

Gleichzeitig verhängen Staaten Ausfuhrstopps für Agrarprodukte, um Versorgungsengpässen symbolträchtig entgegenzuwirken – so etwa in Russland, wo in diesem Frühjahr mit der Verhängung von Getreideexportquoten (und deren schneller Erschöpfung) ein faktisches Ausfuhrverbot jenseits der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) besteht. Kasachstan hat die Ausfuhr von Mehl gedrosselt, die EAWU Ende März bereits Reis, Buchweizen, Zwiebeln

und Roggen mit einem Ausfuhrstopp belegt. Der Protektionismus ist zurück, Versorgungssicherheit dahin.

Wer in dieser unübersichtlichen Situation einen Ausblick wagt, kommt zu dem Schluss: Die Welt wird kleiner werden, neue Grenzzäune werden entstehen. Viele Staaten werden zunehmend auf einen höheren Selbstversorgungsgrad setzen und lokal produzieren. Lieferketten werden verkürzt werden, EU-Nachbarn sich als Alternativstandorte zu China positionieren. Versorgungssicherheit, nicht Lieferfreiheit wird zukünftig großgeschrieben – womöglich zu Lasten von Qualität und Preis. Staaten werden wieder stärker die Versorgung ihrer Bevölkerung an sich ziehen, auch um Demokratiedefizite mit Verweis auf Ernährungssicherheit zu rechtfertigen.

Herausforderungen bleiben

Wird Deutschland sich damit als Exportnation verabschieden? Nein. Die Herausforderungen aus der Zeit vor Corona bestehen weiterhin. Auch jetzt wandelt sich das Klima, wächst die Menschheit, schwinden Acker- und Weideland. Auf immer weniger Boden muss immer mehr, aber immer nachhaltiger produziert werden.

Neu ist dabei das weiter gestiegene Bedürfnis nach Sicherheit und Berechenbarkeit in der Agrar- und Lebensmittelwirtschaft: Wer

heute ernten und liefern will, braucht zuverlässige Inputtechnologien – standortangepasste, klimawandelresiliente Saat- und Pflanzgut, effizienten, schonenden Pflanzenschutz, verlässliche, moderne Landtechnik für Bodenbearbeitung und Ernte, aber auch energieeffiziente Lagertechnik und Weiterverarbeitungstechnologie. Wer heute aufziehen, melken und schlachten will, braucht robuste Tiergenetik und ausgefeilte Stall- und Futtertechnik.

Know-how und Verlässlichkeit

Produzenten aus Deutschland bieten agrartechnologisches Know-how auf höchstem Niveau und damit Verlässlichkeit für die agrarische Produktion. Sie wird in Zukunft mehr denn je international gefragt sein – denn Ernährungssicherheit ist ein hohes Gut. In vielen Ländern leistet deutsche Agrartechnologie seit langem zuverlässige Dienste – dabei geht die Entwicklung weiter voran: Die Digitalisierung half, punktgenaue Landwirtschaft etwa mit optimierter Aussaat und Bodenbearbeitung zu etablieren – und immer mehr hilft jetzt Robotik dabei, Ernten rechtzeitig einzubringen. Ein Acker kennt keine Quarantäne.

Dr. Per Brodersen

Geschäftsführer German Agribusiness Alliance

Digital als das „New normal“?

Die Corona-Krise kann der Digitalisierung in Mittel- und Osteuropa einen weiteren Schub geben. Vorreiter profitieren schon während der Krise von ihrer guten Ausgangsposition. Wichtig wird es sein, den Flickenteppich an IT-Lösungen grenzüberschreitend operabel zu machen.



Fabian Bahr

Leiter Government Relations und Berlin Office
Giesecke+Devrient

Wer eine Bestandsaufnahme des Digitalisierungsfortschritts in Osteuropa wagt, steht vor einer schwierigen Aufgabe: Diverse Indizes bilden zwar einzelne Bereiche, zum Beispiel den öffentlichen oder einzelne Industriesektoren ab, letzten Endes bemisst sich der Erfolg der Digitalisierung aber an harten Fakten, nämlich dem Produktivitätsgewinn einer Volkswirtschaft oder ihrer Wettbewerbsfähigkeit. An der gesamten Leistungsfähigkeit der Wirtschaft bemessen, scheint Deutschland - wenn auch auf einzelnen Gebieten weit abgeschlagen - meilenweit enteilt, und doch: Einzelne Länder und Projekte in Osteuropa stechen auch jenseits des Digitalisierungschampions Estland durch ihre Innovationskraft hervor: Die „Staats-App“ in der Ukraine, der Führerschein auf dem Handy im Kosovo oder technologiegestütztes, kreatives

Lernen in Armenien. Wo stehen also die Länder des Ost-Ausschusses, und wohin geht die Entwicklung?

Paradox der Krise

Die Corona-Krise stellt uns vor ein Paradox: Einerseits verlangsamt die Krise grenzüberschreitende Logistikprozesse, führt zu Einschränkungen der Produktion und einer Situation für die öffentlichen Haushalte, deren Tragweite derzeit nur abgeschätzt werden kann. Insofern bildet die Informationstechnologie (IT) dort, wo physische Produktionsprozesse im Spiel sind, keine Ausnahme. Andererseits, zeigt sich dort, wo IT konsequent eingesetzt wird, wie sie zu resilienten Produktionsprozessen beiträgt und Zugänge beispielsweise in der Interaktion mit Behörden oder an Schulen erleichtert, die bisher eher als „Add-on“ betrachtet wurden. IT ist in Osteuropa daher ungeachtet der Umschichtungen in öffentlichen Haushalten nach wie vor ein Muss – davon zeugen auch fortgeführte Ausschreibungen.

Gleichzeitig zeigt die Krise auch, welche Unternehmen ihre Hausaufgaben gemacht haben und tatsächlich Remote Working sicher praktizieren können. Studien sprechen davon, dass nur ein Drittel der europäischen Unternehmen tatsächlich remote-fähig sind: Dies umfasst nicht nur den Ersatz physischer

Treffen durch Video-Konferenzen, sondern auch qualitative Aspekte, wie zum Beispiel den Zugriff auf Firmennetze und Produktionsprozesse, ohne die Sicherheit zu kompromittieren. Auch anbieterseitig wird umgedacht: Dort, wo aufgrund der teils drastischen Reiseeinschränkungen in der Region nicht mehr gereist werden kann, müssen Serviceleistungen verstärkt über Fernwartung erbracht, Firmennetzwerke aus der Ferne überwacht und gesichert werden.

Selbst bestehende oder in der Implementierung befindliche IT-Infrastrukturen spielen in Zeiten der Pandemie plötzlich zusätzliche Stärken aus. So wurden beispielsweise an den Flughäfen in Prag, Budapest, Vilnius und Warschau automatisierte Grenzkontrollen errichtet, die schon vor Corona die Arbeit der Grenzkontrolle erleichterten und für die Passagiere einen Stressabbau bedeuteten. Heute treten diese Vorteile umso deutlicher hervor, als Grenzbeamte die freigewordene Zeit nutzen können, zusätzliche Gesundheitstests vor dem Boarding durchzuführen – Sicherheit in einem ganz anderen Sinne, als ursprünglich gedacht.

Vorreiter sind im Vorteil

Eines ist klar: Diejenigen Staaten, die sich schon früh mit der Einführung IT-gestützter Prozesse in Wirtschaft und Verwaltung beschäftigt haben, sind jetzt klar im Vorteil. Herausgegriffen sei Moldau, wo bereits seit Ende 2012 ein „Mobiles-ID“-Programm existiert, auf dessen Basis Dutzende elektronische Dienste verfügbar sind. In einigen Fällen gibt Corona auch den Anstoß zur Nutzung mobiler Anwendungen. Beispielhaft zu nennen wären SMS-basierte Ausgangsgenehmigungen in Aserbaidschan oder eine Covid-19-App in Armenien.

Dort, wo bereits entsprechende Systeme laufen, können problemlos weitere Nutzer für mobiles Arbeiten angebunden werden.



Dies ist in Deutschland unter anderem im Umfeld der öffentlichen Verwaltung der Fall. Dadurch, dass bereits früh das im Auftrag des BSI entwickelte Krypto-System SINA für die sichere Kommunikation von Verschlusssacheneingesetzt wurde, ist die Beschaffung zusätzlicher Geräte für mobilen Arbeiten problemlos möglich.

Aber auch über Beschaffungsthemen hinaus stimmt vieles in der Krise ermutigend: So stellen Organisationen und Firmen – beispielhaft als eine von vielen sei hier die europäische Cybersicherheitsorganisation ECSO mit ihren Mitgliedern genannt – zu Krisenzeiten interessierten Bedarfsträgern kostenlose IT-Sicherheitslösungen zur Verfügung, um die erhöhten Cybersecurity-Risiken auch dort abzupuffern, wo Budgets zunächst umgewidmet werden.

Im nächsten Schritt kommt es nun darauf an, den Flickenteppich an IT-Lösungen auch grenzüberschreitend interoperabel zu machen und sich auch jenseits der EU auf einheitliche Standards zu verständigen. Allein bei der Schaffung sicherer mobiler Identitäten als Basis für viele weitere Dienste konkurrieren mit eIDAS, NIST, ISO und ICAO verschiedene technische Rahmenwerke miteinander. Studien sprechen davon, dass digitale Transaktionen auf bis zu einem Fünftel des Kostenniveaus von physischen Transaktionen gesenkt werden können.

Digital als das „new normal“? Sicherlich – und zwar in allen Feldern, die zum Beispiel ein Unternehmen wie Giesecke + Devrient bearbeitet, vom Bezahlen über Konnektivität und Identitäten bis hin zu sicheren Infrastrukturen. Dort, wo Volkswirtschaften post Corona stärker als bisher Lieferketten sichern, vereinzelt auch Produktion stärker lokalisieren werden, spielt auch das Vertrauen in IT eine immer stärkere Rolle. Daher verspricht der Blick in die Zukunft Zuversicht, denn genau dieses Gewicht werden deutsche Firmen in Osteuropa in die Waagschale werfen können – für die sichere Digitalisierung der osteuropäischen Staaten.

Fabian Bahr

Leiter Government Relations und Berlin Office
Giesecke+Devrient



„Wachstumstreiber der Zukunft“

Stefan Bolz, Leiter der Frankfurter Niederlassung der Raiffeisen Bank International (RBI), über die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Digitalisierung.

Welche Folgen wird die Corona-Krise für Osteuropa haben?

Die RBI, eine der führenden Banken in Osteuropa, sieht die Digitalisierung in Ost- ebenso wie in Westeuropa als einen der wesentlichen Wachstumstreiber der Zukunft. Die aktuelle Corona-Krise wird, nachdem die akuten wirtschaftlichen Auswirkungen überwunden sind, einen starken Push bei der Digitalisierung auf Kundenseite auslösen, mit entsprechenden Rückwirkungen auf die Banken. Generell sehen wir, dass nach der COVID-Krise die Digitalisierung in allen Bereichen der Wirtschaft weiter voranschreiten wird, mit erhöhter Geschwindigkeit. Die Auswirkungen in Mittel- und Osteuropa sind dabei nicht wesentlich anders als in Westeuropa.

Welche Entwicklungen erwarten Sie hier insbesondere?

Die Mitarbeiter in den Unternehmen gewöhnen sich aktuell an Arbeitsweisen, die zum Beispiel in Startups schon lange gang und gäbe sind, wie Video Meetings, Home Office oder eSignatures. Dies wird die Nutzung digitaler Arbeitsweisen nach der COVID-Krise stark beschleunigen. Viele Prozesse werden derzeit schneller, was sowohl Unternehmen als auch Finanzinstitute betrifft (Stichwort „Industrie 4.0“). Die Anbieter digitaler Services erleben eine stärkere Nutzung ihrer Dienste und die überdurchschnittlich starke Akquise von Neukunden.

Kann die Infrastruktur da mithalten?

Die technische Infrastruktur ist inzwischen so gut, dass es trotz der stark gestiegenen Nutzung relativ wenige Engpässe bei der Datenübertragung gibt. Dazu kommt ein Innovationsschub, der Datenströme merkbar verringert – wie im Fall von Netflix, die cloudbasierte Libraries näher an den Kunden bringen. Im B2B-Business setzen sich in vielen Bereichen zunehmend Plattform- und Cloud-Lösungen durch.

Wird es auch Verlierer unter den IT-Unternehmen geben?

Verlierer der COVID-Krise werden leider gerade die Treiber innovativer Technologien und Services, die Start-ups, sein. Insbesondere die kleineren und früh gestarteten Unternehmen befinden sich systembedingt durchwegs in Lebenszyklusphasen, die längere Umsatz- und Cashflow Einbrüche nur schwer verkraften können.

Welche Entwicklung erwarten Sie im öffentlichen Sektor?

Die Notwendigkeit der stärkeren und schnelleren Digitalisierung in den staatlichen Stellen ist in der COVID-Krise deutlich geworden, um dem Bürger entsprechende Dienstleistungen online zur Verfügung stellen zu können.

„Den Energiesektor weiter dekarbonisieren“

Im Wiederaufbau nach der Corona-Krise könnten Investitionen in den Klimaschutz eine wichtige Rolle spielen. Die OEI sprachen mit Willibald Meixner, Executive Vice President bei Siemens Energy, über die Chancen für die deutsche Industrie und die Zusammenarbeit mit Russland.



Willibald Meixner

Executive Vice President Regional Development
Siemens Gas and Power GmbH & Co. KG/
Siemens Energy

In der Corona-Krise stellen manche den klimaschonenden und energieeffizienten Umbau der Wirtschaft und den Green Deal der EU infrage, andere fordern, gerade diesen Umbau zum elementaren Bestandteil des Wiederaufbaus zu machen. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Sobald der Kampf gegen das Virus in Europa so weit vorangeschritten ist, dass wir am Wiederaufbau unserer Wirtschaft arbeiten können, müssen wir sicherstellen, dass unsere Prioritäten wieder auf den Klimawandel ausgerichtet, klar definiert und im wirtschaftlichen Wiederaufbau verankert werden. Dafür ist es äußerst wichtig, an den Vorhaben des von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen „Green Deals“ festzuhalten. Entscheidend ist, dass die Chancen und die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen zur Klimaneutralität erkannt werden.

Zentraler Punkt der EU-Strategie wird es sein, den Energiesektor weiter zu dekarbonisieren; hierbei sollen unter anderem das volle Potenzial der Offshore-Windenergie in Europa ausgeschöpft, innovative Technolo-

gien und moderne Infrastruktur gefördert und der fossile Sektor CO₂-ärmer gestaltet werden. Für Siemens Energy stehen diese Ziele schon heute im Fokus unserer Aktivitäten.

Bei welchen Entwicklungen im Energiesektor sehen Sie besondere Chancen für die deutsche Industrie?

Für uns ist Wasserstoff klar die Zukunft. Um die Herausforderung der Dekarbonisierung der Weltwirtschaft zu meistern, brauchen wir einen stetigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Mithilfe unserer PEM-Elektrolyse erzeugen wir „grünen“ Wasserstoff aus erneuerbaren Energien und können somit einen signifikanten Beitrag zur Energiewende in der Industrie, auf dem Gebiet der Mobilität und im Energiesektor leisten. Deshalb will Siemens diese gemeinsam mit weltweit führenden Herstellern von Gasturbinen, bis 2030 komplett wasserstofffähig machen.

Uns muss jedoch auch klar sein, dass wir den Klimawandel nur dann in den Griff bekommen, wenn nachhaltige Energie und wirtschaftliche Erfordernisse zusammen gebracht werden. Die Sicherheit der Energieversorgung muss bei steigendem Strombedarf in der Transformation einen hohen Stellenwert einnehmen – dazu sind Übergangsweise auch fossile Energieträger notwendig, vorausgesetzt, sie haben bereits heute einen wesentlichen Einfluss auf die Reduktion der Gesamtemissionen.

Welche Bedeutung hat Russland für Siemens Energy?

Russland ist und war für Siemens immer ein Schlüsselmarkt, jedoch ist der russische Energiemarkt nach wie vor stark fossil geprägt, und dies spiegelt sich auch in den aktuellen Aktivitäten von Siemens Energy im Land wider. Priorität hat für uns beispiels-

weise die Weiterentwicklung und Technologielokalisierung unserer Produktions- und Servicestandorte für Gasturbinen und Transformatoren. Derzeit errichten wir zum Beispiel für TAIF in Tatarstan eine der modernsten Gas- und Dampfkraftwerks (GUD)-Anlagen in Russland, die ab 2021 mit bis zu 30 Prozent Wasserstoff-Einspeisung betrieben werden kann. Seit 2019 fertigen wir in unserem Werk in St. Petersburg auch Gondeln für die ersten Windturbinenparks in Russland.

Wie sehen Sie insbesondere die künftige Energiezusammenarbeit mit Russland? Welche neuen Ansatzpunkte gibt es hier, zum Beispiel bei Wasserstoff?

Im Rahmen der künftigen Energiezusammenarbeit werden Wirtschaft und Politik auch einen Diskurs mit der russischen Seite führen müssen, was deren Beitrag zur Dekarbonisierung der Energieerzeugung betrifft. Aufgrund der leistungsgebundenen Transportwege für Gas nach Europa ist Russland ein interessanter Partner für die Entwicklung von Wasserstoffkooperationen. CO₂-neutraler Wasserstoff lässt sich in großen Mengen erzeugen und zu vergleichsweise niedrigen Kosten nach Europa transportieren.

Voraussetzungen dafür sind eine zuverlässige Zertifizierung, die den gesamten CO₂-Footprint bei der Wasserstofferzeugung und -übertragung widerspiegelt, und die Anerkennung der Herkunftsnachweise in den Verbrauchssektoren in Deutschland und der EU. Diese Diskussion könnte auch ein spannendes Fokusthema für den Ost-Ausschuss und den neuen Arbeitskreis Energie und Nachhaltigkeit sein, und wir freuen uns, hier mit den anderen Mitgliedern in einen intensiven Gedankenaustausch einzutreten. (Him)

Eine ausführlichere Version des Interviews finden Sie unter www.oaev.de

Umfrage: Klares Votum für Nord Stream 2

Die Mehrheit der Deutschen befürwortet generell eine engere Zusammenarbeit mit Russland, zeigt eine Forsa-Umfrage, die der OAOEV im März durchführen ließ. Dies gilt insbesondere für die Energiebeziehungen.

Die im Zuge der Corona-Krise im März verhängten Reisebeschränkungen im Osten Europas trafen in der deutschen Bevölkerung auf großes Verständnis: 93 Prozent der Befragten hielten die Einreisesperren und Quarantänemaßnahmen, die alle östlichen Nachbarstaaten zur Bekämpfung des Corona-Virus erlassen hatten, für richtig. Dies ergab eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa, die im März im Auftrag des Ost-Ausschuss – Osteuropaver eins (OAOEV) und mit Unterstützung von Wintershall Dea durchgeführt wurde.

Wunsch nach Zusammenarbeit mit Russland

Nach Ansicht des OAOEV erfordert die Corona-Krise eine enge Abstimmung auch mit der Nachbarschaft der EU. Dass die Bereitschaft der deutschen Bevölkerung für eine Zusammenarbeit mit den Nachbarländern östlich der EU generell groß ist, zeigen die weiteren Ergebnisse der Forsa-Umfrage:

61 Prozent der Befragten können sich einen gemeinsamen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok vorstellen, nur 20 Prozent lehnen diesen ab. 55 Prozent der Befragten wünschen sich eine intensivierte

Zusammenarbeit konkret mit Russland. Nur 28 Prozent äußern sich hier ablehnend. „Diese Ergebnisse ermutigen alle, die sich trotz bestehender Sanktionen weiter für einen Dialog mit Russland einsetzen und nach gemeinsamen Interessen suchen. Davon gibt es viele, angefangen von der Sicherung der Energieversorgung in Europa über die verstärkte Digitalisierung der Wirtschaft bis hin zur gemeinsamen Bewältigung der Corona-Folgen“, kommentierte der OAOEV-Vorsitzende Oliver Hermes die Umfrageergebnisse.

Besonders eindeutig fällt die Einschätzung der Umfrageteilnehmer zum europäisch-russischen Pipelineprojekt Nord Stream 2 aus, das von den USA mit Verweis auf den schädlichen Einfluss Russlands mit Sanktionen belegt wurde: Über drei Viertel (77 Prozent) der Befragten sprechen sich für eine Fertigstellung von Nord Stream 2 auch gegen den Widerstand der USA aus. „Trotz bestehender politischer Konflikte wird die enge Partnerschaft, die wir mit Russland seit 50 Jahren zur Energiesicherung haben, von einer breiten Akzeptanz in der Bevölkerung getragen“, sagte Mario Mehren, Vorstandsvorsitzender von Wintershall Dea und Leiter des OAOEV-Arbeitskreises Russland zu den Ergebnissen.

US-Sanktionen gegen europäische Unternehmen ohne Abstimmung mit der EU werden von 86 Prozent der Befragten abgelehnt, nur fünf Prozent äußern Verständnis dafür.

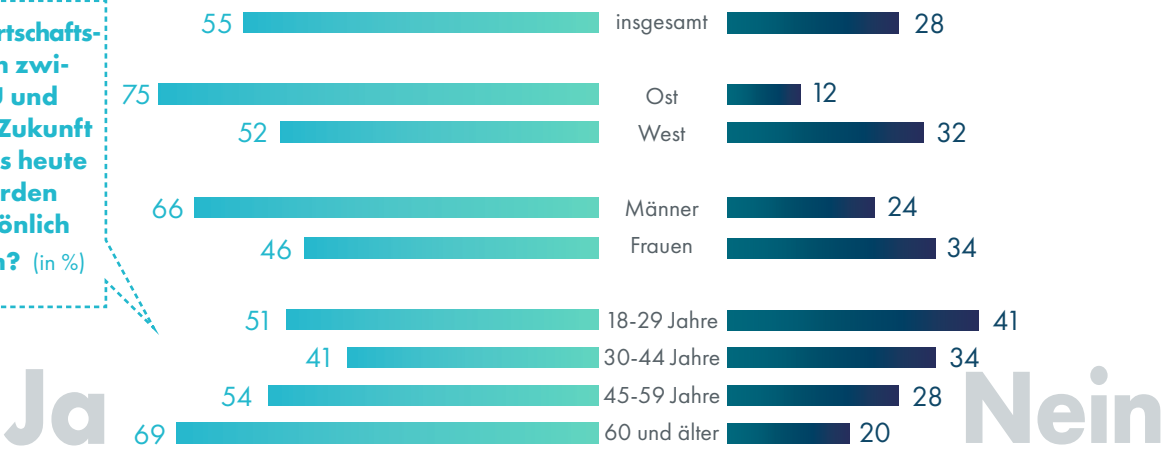
Zukunftsthemen: Wasserstoff und Klimaschutz

Mehren schlägt vor, die entstandene Pipeline-Infrastruktur in naher Zukunft auch für den Transport von klimaschonendem Wasserstoff zu nutzen. Deutsche und russische Firmen könnten gemeinsam in Russland die Voraussetzungen für die Weiterverarbeitung von Erdgas zu Wasserstoff schaffen und im größten Flächenland der Welt in nachhaltige Energieerzeugung investieren. „Während in Deutschland die Flächen für Wind- und Wasserkraft knapp werden, verfügen Länder wie Russland, die Ukraine oder Kasachstan über ein schier unerschöpfliches Potenzial“.

Im Auftrag des OAOEV befragte die forsä Politik- und Sozialforschung AG 1006 repräsentativ ausgewählte Frauen und Männer über 18 Jahren im Zeitraum vom 16. bis 19. März mithilfe computergestützter Telefoninterviews. Weitere Informationen und Grafiken zur Umfrage finden Sie auf der Internet-Seite des OAOEV: www.oaoev.de

Meinungen zum zukünftigen Verhältnis zwischen Russland und der EU

Wenn die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Russland in Zukunft intensiver als heute würden, würden Sie das persönlich befürworten? (in %)



Osteuropäische Arbeitsmärkte im Corona-Stress

Die Corona-Pandemie und die in ihrer Folge getroffenen politischen Maßnahmen haben auch Auswirkungen auf die osteuropäischen Arbeitsmärkte.



Christian Tegethoff

OOO CT Executive Search, Moskau

Wir haben uns im Laufe des Aprils bei unseren Mandaten und Partnern, überwiegend produzierende Unternehmen aus Bereichen wie dem Landmaschinenbau, dem Baustoffsektor und der Haushaltstechnik erkundigt, wie sie mit der Situation in Osteuropa umgehen. Es hat sich gezeigt, dass sämtliche der von uns befragten Unternehmen bislang auf Entlassungen verzichtet haben. Alle Unternehmen haben ihre Verwaltungsmitarbeiter weitestgehend ins Home Office geschickt, manche haben Kantinen und andere nicht-essenzielle Einrichtungen geschlossen, um Kontakte zu minimieren. Demselben Ziel diene auch die Neueinteilung von Schichten und Produktionsgruppen, zwischen denen kein persönlicher Kontakt stattfinden soll.

Der Großteil der befragten Unternehmen hat einen Mix von Maßnahmen ergriffen, um Entlassungen zu vermeiden: Teile der Belegschaft wurden gebeten, ihren Jahresurlaub zu nehmen. Wo möglich, wurde von Kurzarbeitsprogrammen Gebrauch gemacht – etwa in Tschechien, der Slowakei und Bulgarien. In Polen und Rumänien ist unter bestimmten Voraussetzungen eine Arbeitszeitreduzierung bei entsprechender Ge-

haltskürzung möglich. Einige Firmen haben mit ihren Mitarbeitern einen freiwilligen teilweisen Gehaltsverzicht vereinbart, vor allem im mittleren und gehobenen Management. Insbesondere in der Automobilwirtschaft kam es zu mehrwöchigen Werkschließungen, die allerdings nicht mit Entlassungen verbunden waren.

Die befragten Geschäftsführer und Personalleiter erklärten das Festhalten an ihren Belegschaften mit deren hoher Bedeutung für die Unternehmen – qualifizierte und motivierte Mitarbeiter seien zu wertvoll, um sie in der Krise einfach abzugeben. Auffällig war auch, dass die meisten Befragten mit einer schnellen Erholung der Märkte ab Juni rechnen.

„Die Industrie entlässt hier wenig und nur im äußersten Notfall“, so der Geschäftsführer eines Baustoffproduzenten mit einem Werk in der Slowakei. Das Kurzarbeitsprogramm helfe den Unternehmen über das Schlimmste hinweg. Die Situation könne sich aber ändern, wenn es im dritten oder vierten Quartal keine Belebung gebe. Auch in Russland, Bulgarien, Polen und Rumänien ist nichts von Entlassungswellen im Industriebereich bekannt geworden.

Tourismus und Gastronomie schwer getroffen

Schwer getroffen hat es aber Tourismus und Gastronomie in ganz Osteuropa – für Länder wie Bulgarien mit dramatischen Folgen. „Die Flaute in diesem Bereich kann noch lange anhalten, auch, weil die Leute nach Öffnung von Restaurants und Stränden ihr Geld noch eine Weile zusammenhalten werden“, meint ein in Bulgarien lebender deutscher Geschäftsführer. Die Arbeitslosenquote könne sich in diesem Jahr verdoppeln, auch weil Handel und Konsumgüterbranche die sinkende Kaufkraft zu spüren bekommen würden.

Rückkehrer als Chance

Langfristige Prognosen über die Auswirkungen von Corona auf die Arbeitsmärkte sind aktuell mit großer Unsicherheit behaftet. Folgende Entwicklungen scheinen aber plausibel:

1. Den produzierenden Unternehmen sollte es auch aufgrund der in vielen Ländern gut entwickelten Arbeitsmarktinstrumente gelingen, ohne Entlassungen durch die Krise zu kommen. Allerdings könnte ein Wiederaufschwung für Firmen zu spät kommen, die bereits vor der Corona-Krise Probleme hatten.
2. Die Entlassungen in Gastronomie und Tourismus werden wohl nicht kurzfristig rückgängig gemacht und die Arbeitslosenquote in Osteuropa in diesem Jahr in die Höhe treiben. Reisebeschränkungen und die vielerorts abnehmende Kaufkraft werden die Branche nachhaltiger belasten.
3. Fraglich ist, wie schnell sich der Automobilsektor erholt, der vor allem für Tschechien, die Slowakei, Ungarn und die südosteuropäischen Staaten von zentraler Bedeutung ist.
4. Die osteuropäischen Arbeitsmärkte stehen durch die Rückkehrer unter zusätzlichem Druck – viele Rumänen, Bulgaren oder Polen sind in den letzten Monaten in ihre Heimat zurückgekehrt, weil es in Westeuropa (außerhalb des Gesundheitswesens) coronabedingt weniger zu tun gibt.
5. Die Rückkehr der oftmals gut qualifizierten „Exilanten“ ist eine große Chance für Unternehmen in Ländern wie Tschechien, Ungarn oder Rumänien, die jahrelang den Fachkräftemangel beklagt haben. Arbeitgeber bietet sich nun die Möglichkeit, gut ausgebildete und international erfahrende Mitarbeiter an ihre Unternehmen zu binden.

Post-Corona: Neue Realität, alte Muster in Mittelosteuropa?

Die Länder Mittelosteuropas haben auf die Corona-Pandemie früh mit restriktiven Maßnahmen reagiert. Die Schließung der Grenzen stellte viele Unternehmen vor Probleme und rüttelte an den Fundamenten der EU.



Für die Länder Mittelosteuropas las sich die ursprüngliche Prognose der Europäischen Kommission für das Jahr 2020 gewohnt gut. Während sich das durchschnittliche Wachstum in der EU-27 auf 1,4 belief, fiel der Ausblick für die Region deutlich positiver aus – von 2,1 Prozent in Tschechien bis zu 3,3 Prozent in Polen. Die Länder Mittelosteuropas leisteten bis zum wirtschaftlichen Lockdown einen erheblichen Beitrag zur konjunkturellen Entwicklung in Europa. In einem außenwirtschaftlich immer schwieriger werdenden Umfeld kamen insbesondere für Deutschland wichtige Wachstumsimpulse aus Polen, der Slowakei, Tschechien, Ungarn, Estland, Lettland und Litauen. Nun stellt sich die zentrale Frage, ob die Länder im Post-Corona-Szenario weiterhin zu den Zugpferden der EU zählen werden.

Polen erstmals in der Rezession

Während der Finanzkrise im Jahr 2009 verbuchte Polen als einziges Land in der EU ein positives Wirtschaftswachstum. Analysen sind sich nun aber einig, dass der östliche Nachbar zum ersten Mal in seiner 30-jährigen wirtschaftlichen Erfolgsstory in eine wirtschaftliche Rezession stürzen wird. Das stellt das wirtschaftliche Selbstbewusstsein der Polen in Frage. Wie wird die neue polnische wirtschaftliche Realität aussehen?

Während in Polen neue Realitäten entstehen, lassen sich in Ungarn altbekannte Muster aus der Vergangenheit beobachten. Die Finanzkrise 2009 rückt als Bezugspunkt wieder in den Vordergrund. Wie in der Krise vor rund zehn Jahren führt die Regierung im Jahr 2020 ein weiteres Mal Sondersteuern für ausländische Investoren ein. Sie werden in der Regel von der Sonder- zur Normalsteuer, und im Nachgang der Krise selten abgeschafft.

Grenzschließungen sorgen für Probleme

Im Gegensatz zu Westeuropa ist Mitteleuropa von der Corona-Pandemie allerdings schwächer betroffen. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass diese Länder früh, entschlossen und vehement reagierten. Polen und Tschechien schlossen die Grenzen zu Deutschland und auch zur übrigen Welt vergleichsweise schnell. Zudem wurde für alle Einreisenden eine 14-tägige Quarantäne verhängt. Tschechien ging sogar einen Schritt weiter, und verhängte zwischenzeitlich ein 21-tägiges Einreiseverbot. Auswirkungen auf den grenzüberschreitenden Verkehr, vor allem mit Deutschland, waren dabei nicht zu vermeiden.

Die Grenzschließungen wurden für alle Un-

ternehmen zu einer Herausforderung. In kilometerlangen Lkw-Staus drohten Güter zu verderben, für die Medizintechnik dringend benötigte Teile konnten nicht rechtzeitig zugestellt werden. In Zentrallagern fehlten plötzlich die polnischen und tschechischen Fachkräfte. Die Unternehmen haben sich allerdings schnell an die Situation angepasst.

Finanzielle Unterstützung für Pendler

Auch von der Politik kam Unterstützung: Die an Polen grenzenden Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen unterstützen polnische Arbeitnehmer sogar mit einer Tagespauschale von 65 Euro finanziell. Die Fachkräfte aus Polen werden dringend in Krankenhäusern, Pflegeheimen und der Landwirtschaft benötigt. Ihnen drohte bei Fahrt in die Heimat die obligatorische 14-tägige Quarantäne und den deutschen Arbeitgebern ein entsprechender Ausfall. Dazu kam, dass im Fall der polnischen Zwangsquarantäne das deutsche Kurzarbeitergeld aufgrund einer Lücke nicht gezahlt werden kann.

Solche Szenarien stellten nicht nur deutsche Unternehmen vor eine enorme Herausforderung. Sie rütteln an den Fundamenten der EU. Noch einmal sollte sich ein solches Szenario im Herzen der EU, an der Schnittstelle zwischen Ost- und Westeuropa nicht wiederholen. In Folge der nationalen Alleingänge wurden aus Phantomgrenzen wieder physische Barrieren. Zur neuen Realität muss daher auch gehören, dass diese Krise nur gemeinsam gemeistert werden kann. Erste Schritte in diese Richtung ließen sich bereits beobachten. Ende April traten Lockerungen für Grenzpendler in Tschechien in Kraft, Anfang Mai auch in Polen.

Adrian Stadnicki

Regionaldirektor Mittelosteuropa im OAOEV

Russland: Comeback als vollwertiger Partner

Nach dem Ende der Corona-Pandemie könnte eine engere Partnerschaft zwischen Deutschland und Russland zur Regionalisierung von Lieferketten beitragen.

Die Voraussetzungen dafür, dass Russland nach dem Ende der Pandemie wieder zu einem vollwertigen, verlässlichen und kooperativen Partner werden kann, sind gegeben. Die Staatsfinanzen sind solide, die Reserven hoch, die Verschuldung niedrig. Export, Lokalisierung und Importsubstitution sind die bestimmenden Leitlinien der Wirtschaftspolitik. Die großen systemrelevanten Unternehmen befinden sich in Staatshand oder unter staatlicher Kontrolle - was sich in diesem Fall eher als Vorteil erweist. Politisch ist das Land stabil, und sollten die angestrebten Verfassungsänderungen angenommen werden, wird sich daran auch auf absehbare Zeit wenig ändern.

Lieferketten eher regional als global

Es erscheint müßig, darüber zu sinnieren, wie tief der wirtschaftliche Einschnitt sein könnte. Klar ist indes, dass aus den früher vereinzelt gedankenspielen, die Lieferketten zukünftig doch eher regional als global aufzustellen, recht bald konkrete Handlungen erwachsen könnten.

Europa als Ganzes würde auf ganz unerwartete Weise näher zusammenrücken, und Russland wäre bei dieser Neuaufstellung durchaus ein geeigneter Partner. Zumal sich die Stimmen in der russischen Wirtschaft mehren, die sich nicht ausschließlich auf China als strategischen Partner verlassen wollen. Wie fragil diese Partnerschaft ist, hat die Pandemie sehr eindrücklich gezeigt.

Das Bemühen der russischen Regierung sich unabhängiger von Rohstoffen zu machen ist unverkennbar. Dafür sprechen auch die nationalen Projekte, die trotz aller Abschottungsrhetorik auf eine Einbindung in die internationalen Produktionsketten, Handelswege und Supply Chains abzielen.

Dieses Ziel verfolgt auch ein Projekt, das die Kontaktstelle Mittelstand (KSM) beim



OAÖEV zusammen mit dem Bundesverband für Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik und dem russischen Exportzentrum verfolgt. Technologisch geeignete und zuverlässige russische Unternehmen werden in einem Auswahlverfahren und anschließend Qualifizierungsprozess sukzessive in die Lieferketten deutscher Unternehmen integriert. Entscheidendes Kriterium ist die Qualität der Lieferanten, nicht die Quantität.

Kooperation mit dem Mittelstand

Der Mittelstand ist der Teil der Wirtschaft, der am innovativsten und am flexibelsten auf sich verändernde Marktbedingungen reagieren muss und kann. Er wird jedoch von fundamentalen Erschütterungen der Wirtschaft wie im Augenblick auch am stärksten betroffen. Das gilt für den russischen Markt noch stärker als für andere. Eine Chance sich breiter und besser aufzustellen bietet die Zusammenarbeit mit deutschen Firmen, die in Russland lokalisiert sind. Der Ost-Ausschuss pflegt über die KSM seit Jahren eine erfolgreiche und funktionierende Zusammenarbeit mit der russischen Korporation zur Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMSP), die deutsche Unternehmen bei der Suche unterstützt.

Eine nicht zu unterschätzende Voraussetzung für das Gelingen dieses Vorhabens ist die Harmonisierung von Normen und Stan-

dards. Dazu wurde im Juli 2018 die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Harmonisierung der Technischen Reglements zunächst bilateral zwischen dem Ost-Ausschuss und dem russischen Unternehmerverband RSPP vereinbart. Perspektivisch ist diese Initiative auch von elementarer Bedeutung für die Wirtschaftsräume EU und Eurasischer Wirtschaftsunion, will man sich zwischen den beiden wirtschaftlichen Antipoden China und USA langfristig behaupten. Ziel des Projektes ist es, Zeit, Kosten und den Personaleinsatz für die Klärung technischer und Zulassungsfragen zu minimieren und klare Regelungen zum Eintritt in den jeweiligen Zielmarkt zu garantieren.

Die derzeitige Ausnahmesituation könnte wie ein Katalysator zur Beschleunigung lang diskutierter Prozesse dienen. Die russische Regierung wird sich überlegen müssen, welche Allianzen dem Land mittel- und langfristig nützen. Als Teil Europas wäre eine Wiederannäherung an den „Rest“ des Kontinents eine vernünftige und strategisch sinnvolle Option. Will man die holländische Krankheit überwinden, sind Partnerschaften mit den Technologieführern unumgänglich, um die eigene Wirtschaft zu modernisieren und um Teil der regionalen und kontinentalen Wertschöpfungsketten werden zu können.

Jens Böhlmann

Leiter Kontaktstelle Mittelstand im OAÖEV

Zwischen Gesundheitsvorsorge und wirtschaftlichem Einbruch

Die Länder Osteuropas haben seit März strikte Maßnahmen ergriffen, um der Ausbreitung des Corona-Virus zu begegnen - mit massiven wirtschaftlichen Folgen. Ihre Hoffnung ruht vor allem auf der Erholung der (west)europäischen Wirtschaft.

Die Region Osteuropa umfasst im Ost-Ausschuss – Osteuropaverein die Länder Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien und die Ukraine. Vier dieser fünf Länder, alle außer Belarus, haben im März strikte Maßnahmen ergriffen, um der Ausbreitung des Corona-Virus zu begegnen. Unternehmen mit engem Kundenkontakt wie Frisöre, Einzelhändler oder Restaurants mussten schließen. Der Nahverkehr sowie die landesweiten Verbindungen wurden vollständig eingestellt. Zum Teil wurden auch Verbote erlassen, bestimmte Städte oder Regionen zu besuchen. Die Länder stellten bis auf Frachttransporte internationale Flug-, Zug- und Busverbindungen in die Nachbarländer und darüber hinaus rigoros ein.

Frühe und strenge Lockdown-Maßnahmen ...

Die Zielstellung dieser Maßnahmen war klar. Die jeweiligen Gesundheitssysteme sollten vor der Überlastung bewahrt werden. Mit Blick auf die Zahlen der Johns Hopkins Universität von Mitte Mai haben Armenien, Aserbaidschan, Georgien und die Ukraine dieses Ziel erreicht. Belarus hat dagegen auf strikte Beschränkungen und Maßnahmen vollständig verzichtet und muss aktuell die höchste Zahl von Infektionen unter den fünf Ländern verkraften.

... mit drastischen wirtschaftlichen Folgen

Mit den Einschränkungen seit Ende März und Anfang April sind die ursprünglich positiven Wirtschaftsprognosen für 2020 hinfällig. Für Armenien erwartet die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) in ihrer aktuellen Frühjahrsprognose einen BIP-Rückgang um 3,5 Prozent, für Aserbaidschan um drei Prozent und für Georgien um 5,5 Prozent. Die Ukraine wird einen Rückgang von 4,5

Prozent und Belarus ein Minus von fünf Prozent verkraften müssen.

Besonders kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU) sowie Einzelunternehmer mit dünner Kapitaldecke sind von dem Wirtschaftseinbruch betroffen. Die Rücklagen sind oftmals sehr gering, und die Sozialsysteme können den Schock nur bedingt abfedern. Die Prognosen für das Jahr 2021 sind positiv, hängen aber von vielen Faktoren ab. Besonders dürfte die Frage im Mittelpunkt stehen, wie sich das weltweite Pandemiegeschehen entwickelt und wie schnell und in welchem Umfang der Konjunkturmotor wichtiger Wirtschafts- und Handelspartner wieder anspringt.

Agreement, das Mittel in Höhe von 3,5 Milliarden US-Dollar mobilisieren soll. Grundlage dafür waren die Verabschiedung von Reformprogrammen im Landmanagement und der Restitution verstaatlichter Banken.

Im Vordergrund stand stets auch die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Ukraine und Armenien beispielsweise planen, im Infrastrukturausbau neue Stellen zu schaffen. Und in Georgien ruhen die Hoffnungen auf dem Tourismus. Alle Länder setzen auf die Umstrukturierung von Lieferketten und Warenströmen europäischer Unternehmen, um diese näher an die Heimatmärkte in Mittel- und Westeuropa zu holen. Die Länder mit Freihandelsabkommen mit der EU wollen



Die Regierungen haben im Zuge von Unterstützungsmaßnahmen verschiedene Instrumente genutzt. Nachtragshaushalte, Haushaltskürzungen und Umwidmung der Mittel zur Krisenbekämpfung, Steuerstundungen, verbilligte Kreditlinien und andere flexible Maßnahmen konnten vergleichsweise kurzfristig realisiert werden. Durch internationale Institutionen und Banken wie die EU oder die EBRD aber auch auf bilateralem Weg wurden Finanzhilfen für die Länder in Form von Zuschüssen oder flexibilisierten Kreditlinien in Milliardenhöhe mobilisiert. Im Fall der Ukraine verhandelt der Internationale Währungsfonds über ein neues Stand-By-

die Möglichkeiten zum Export in die EU erweitern. Zudem setzen alle Länder auf ausländische Direktinvestitionen.

Die Hoffnungen beruhen damit wesentlich auf dem (möglichst schnellen) Wiedererstarren der mittel- und westeuropäischen Volkswirtschaften und Unternehmen. Die EU, die Länder und die Wirtschaft müssen in dieser Situation gemeinsam Lösungen finden, um zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung zurück zu finden.

Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa im OAOEV

Südosteuropa im Zeichen der Corona-Pandemie

Der Südosten Europas leidet unter den Einbrüchen im Tourismus, bei Rücküberweisungen und Exporten sowie der Krise der Autoindustrie. Internationale Unterstützung und die Neuordnung von Lieferketten könnten die Erholung unterstützen.



Noch Ende Februar waren sich die Teilnehmer der Sitzung des Arbeitskreises (AK) Südosteuropa, die der Ost-Ausschuss-Osteuropaverein (OAÖEV) in Wien organisierte, einig, dass man die Region ohne Zweifel als Wachstumsregion bezeichnen könne. Die Kennzahlen der einschlägigen Institute für das Jahr 2019 waren gut, die Prognosen für 2020 lagen deutlich über den Wachstumserwartungen für große westeuropäische Ökonomien.

Prognosen unter Vorbehalt

Inzwischen sind all diese Prognosen Makulatur. Ein erstes Negativ-Szenario, das das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) Mitte März veröffentlichte, sah im Schnitt die Halbierung der Wachstumserwartungen für das laufende Jahr sowie einen leichten Aufwärtstrend für 2021 voraus. Allerdings setzen die Wiener Experten das Szenario unter den großen Vorbehalt, wie die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in den jeweiligen Ländern wirken werden. Halten die Gesundheitssysteme den zu erwartenden Druck aus? Und wie lange dauern die Maßnahmen an?

In allen Ländern der Region reagierten die Regierungen mit Einschränkungen des öffentlichen Lebens, Kontaktreduzierung und

damit auch mit Maßnahmen, die erheblichen Einfluss auf die Aktivitäten der lokalen Wirtschaft haben. Es scheint, als würden diese Maßnahmen Wirkung zeigen. In den meisten Ländern werden inzwischen Lockerungen diskutiert oder bereits umgesetzt.

Externe Unterstützung

Ziel ist es nun, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie-Bekämpfung einzuhegen. Dabei setzen die Regierungen auf staatliche Hilfsprogramme. Diese liegen aktuell nach Angaben des wiiw zwischen 1,2 Prozent (Albanien) und elf Prozent (Kroatien) des BIP. Auch wenn diese Zahlen nur den Ist-Zustand Ende April zeigen, spiegeln sie doch die unterschiedlichen Kapazitäten der Länder wider.

Während die EU-Mitglieder auf Mittel aus der Corona Response Investment Initiative setzen können, stehen den Nachbarn im Assoziierungsprozess diese Mittel nicht zur Verfügung. Die EU hat deshalb reagiert. Bereits Ende März wurden den Ländern des Westlichen Balkans der Zugang zu Sondermitteln im Wert von 410 Millionen Euro ermöglicht. Ende April kündigte die EU Kommission zudem weitere finanzielle Unterstützung in Höhe von 3,3 Milliarden Euro an, die gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank mobilisiert werden soll.

Die internationalen Finanzinstitutionen stellen zusätzliche Finanzierungen zur Verfügung. Auf dem EU-Westbalkan-Treffen der Regierungschefs Anfang Mai sollten Schwerpunkte für einen langfristigen Investitionsplan für die Region präsentiert werden.

Tourismus, Rücküberweisungen und Exporte leiden

Wie und ob diese Programme funktionieren und die Länder Südosteuropas möglichst schnell wieder auf den Wachstumspfad bringen können, wird stark davon abhängen, wie lange die Maßnahmen der Pandemie-Bekämpfung das Wirtschaftsleben weltweit, besonders aber in Europa, noch beeinträchtigen werden. Länder wie Kroatien, Albanien oder Montenegro etwa haben traditionell einen starken Tourismussektor, der aktuell lahmgelegt ist. In anderen Ländern wie etwa Moldau machen die Rücküberweisungen der im Ausland Arbeitenden einen erheblichen Anteil am BIP aus und brechen nun weg. Alle Länder der Region sind eng mit dem europäischen Binnenmarkt verbunden. Im Schnitt liegt der Warenaustausch mit der EU bei deutlich über 50 Prozent des Außenhandels.

Für Länder wie Rumänien, Slowenien, Bulgarien, Nordmazedonien oder Serbien wird zudem von Bedeutung sein, inwiefern sich die Automobilindustrie erholen und auch mit Blick auf die bereits vor der Corona-Pandemie geführte Klimadiskussion neu aufstellen wird. Wie wird sich die Zulieferstruktur verändern? Hier liegen die Chancen in dieser Krise: Unternehmen müssen noch intensiver als zuvor über die Neuordnung ihrer Zuliefererketten und deren Diversifizierung nachdenken. Die Region Südosteuropa hat dabei gute Chancen, sich für neue Investitionen zu empfehlen.

Anja Quiring

Regionaldirektorin Südosteuropa im OAÖEV

Höhenflug ausgebremst

Die COVID-19-Epidemie wirkt sich über zahlreiche Kanäle auf die Volkswirtschaften Zentralasiens aus, unter anderem durch einen starken Rückgang der Inlandsnachfrage, weniger Tourismus und Geschäftsreisen, Lieferunterbrechungen und die gesundheitlichen Folgen.

Nach den gescheiterten Gesprächen der OPEC+ Anfang März ist der Ölpreis unter starken Druck geraten, nachdem Russland einer weiteren Förderbeschränkung zunächst eine Absage erteilt und Saudi-Arabien daraufhin eine erhebliche Produktionsausweitung angekündigt hatte. Der daraus resultierende Angebotsschock traf auf einen verschärften Nachfragerückgang aufgrund der wirtschaftlichen Verwerfungen infolge der Corona-Krise. In der Folge stürzte der Ölpreis regelrecht ab und fiel innerhalb kürzester Zeit auf etwa die Hälfte.

Diese Preiseinbrüche am Ölmarkt schlagen fast ungebremst auf die Exporteinnahmen und damit das Budget der ölexportierenden Länder, in Zentralasien vor allem auf Kasachstan, durch. Der gleichzeitige Preisverfall beim Erdgas verschärft die Situation insbesondere für Turkmenistan.

Vor der Krise auf einem guten Weg

Die bilateralen Handelszahlen für Januar und Februar 2020, in denen die deutschen Exporte in die fünf zentralasiatischen Länder Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan und Kirgisistan auf 19 Prozent stiegen, zeigen dagegen, dass sich die meisten dieser Länder vor der Corona-Krise auf einem guten Weg befanden. Kasachstan profitierte von der gelösten Problematik mit Hermes-Exportdeckungen, Usbekistan setzte sein Wachstum aus den Vorjahren fort, und auch in Turkmenistan haben Investitionen in Anlagen neue Impulse für deutsche Exporte gesetzt.

2019 erreichte der Handelsumsatz mit der Region immerhin einen Wert von 5,8 Milliarden Euro, auch wenn er im Vergleich zum Vorjahreszeitraum leicht rückläufig war. Dieser Rückgang war vor allem durch die geringeren Ölimporte aus Kasachstan zu erklären. Das Land ist weiterhin der Handelspartner Deutschlands in der Region.



Doppelter Schock

Der doppelte Schock durch den Ölpreisabsturz und die Corona-Pandemie hat den Höhenflug der Region erst einmal ausgebremst. Die Prognosen für das laufende Jahr sehen, wenn überhaupt, nur ein leichtes Wachstum voraus. Das Ausmaß der wirtschaftlichen Auswirkungen wird letztlich davon abhängen, wie sich die Corona-Krise entwickelt. Die Szenarien reichen von einer schnellen Rückkehr zum normalen Handel bis zu einem monatelangen Lockdown, mit entsprechenden negativen Auswirkungen.

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Einschätzungen zur Resilienz der Region gegenüber dem COVID-19-Schock, wie sie beispielsweise von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) und der Asian Development Bank (ADB) vorgenommen wurden. Darin wird der Region Zentralasien insgesamt eine hohe Widerstandsfähigkeit gegenüber inneren Störungen sowie äußeren Schocks bescheinigt.

Dennoch können Auswirkungen der sinkenden Rohstoffpreise im Falle Kasachstans oder die zurückgehenden Rücküberweisungen der Arbeitsmigranten im Falle Kirgisistans und Tadschikistans deutliche Spuren

hinterlassen. Auch sind die Spielräume der einzelnen Länder für Stützungsmaßnahmen unterschiedlich. Während Kasachstan und Usbekistan hier gut dastehen, haben Kirgisistan und Tadschikistan kaum fiskalischen und finanziellen Spielraum dafür.

Keine Rückkehr zum Business as usual

Es ist eine Binsenweisheit, in jeder Krise eine Chance zu sehen. Und dennoch kann es vor allem im Hinblick auf die derzeitige Ölkrise kein Business as usual geben, sobald die herausfordernde Situation überstanden ist. Landwirtschaft und industrielle Produktion außerhalb des Hochtechnologiebereichs sind Sektoren, die die Länder der Region auf eine neue wirtschaftliche Ebene heben könnten. Bereits jetzt starten die Prozesse, um diesen Umschwung zu schaffen.

Eduard Kinsbruner

Regionaldirektor Zentralasien im OAOEV

„Der Fokus liegt bei uns auf Russland“

Der Düsseldorfer Zertifizierungsdienstleister WR Certification GmbH ist vor allem im Anlagenbau aktiv. Im Interview mit den OEI stellt Firmengründer und Geschäftsführer Wadim Rosenstein die Aktivitäten des Unternehmens in Russland und seine Expansionspläne vor.



Wadim Rosenstein
Geschäftsführer, WR Certification

Bitte stellen Sie Ihr Unternehmen kurz vor!

Die WR Certification GmbH ist ein Teil der WR Group. Wir sind in Russland als einziges westeuropäisches Unternehmen als Gesellschafter an einer Zertifizierungsstelle beteiligt. Wir bieten vor allem Konformitätszertifikate für den russischen Markt und die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) an. Im Zertifizierungsbereich beschäftigen wir 30 Mitarbeiter, davon jeweils die Hälfte in Deutschland und in Russland. Bei uns arbeiten viele erstklassige Spezialisten, Ingenieure, die sich mit der technischen Regulierung im Rahmen der EAWU auskennen. Unter dem Dach der WR Group gibt es insgesamt elf Niederlassungen in sieben Ländern, die in den Bereichen Zertifizierung, Projektlogistik, Verzollung, Engineering, Montage und Projektfinanzierung tätig sind.

Welche Bedeutung hat Osteuropa für ihr Unternehmen?

Der Fokus liegt bei uns auf Russland. Wir betreuen Projekte ab einer Größenordnung von zehn Millionen Euro aufwärts und arbeiten mit verschiedenen Maschinen- und Anlagenbauunternehmen hauptsächlich in den Bereichen Öl- und Gasindustrie, Petrochemie,

Bergbau und Metallurgie zusammen. Die Kunden, für die wir die Zertifizierungen vornehmen, sitzen überwiegend in Russland. Eines der größten Projekte, das wir in Russland abgewickelt haben, war das LNG-Werk in Wyssozk mit einem Auftragswert von über eine Milliarde Euro. Wir waren dabei als Zollbroker, Zertifizierer und Logistiker tätig und außerdem bei der Vertragsgestaltung mit der Gazprom Bank beteiligt.

Welche aktuellen Projekte gibt es?

Aktuell arbeiten wir an Projekten von JSC Ural Steel und Novatek. Im Rahmen der Projektrealisierung für Ural Steel entwickeln wir die Zulassungsdokumentation für die Einfuhr und Inbetriebnahme einer Anlage in Russland. 90 Prozent der Arbeitsunterlagen haben wir bereitgestellt. Im Moment bereiten wir die technische Dokumentation vor und führen eine Expertise der Betriebssicherheit durch.

Im Projekt Arctic LNG 2 von Novatek erstellen wir die Konformitätsbewertung mehrerer komplexer Anlagen und stellen entsprechende Konformitätserklärungen aus. Unsere Experten arbeiten vor Ort beim Hersteller in zwei Ländern, allerdings hat er seine Produktionsstandorte weltweit. Die Online-Kommunikation und unsere digitalisierten Prozesse ermöglichen es allen Beteiligten stets Seite an Seite zu arbeiten. Wir haben bereits Entwürfe der Zertifikate für die erste Lieferpartie vorbereitet. Ich schätze, wir können den ersten Projektteil auch schneller als geplant realisieren.

Welche Auswirkungen hat der aufgrund der aktuellen Weltlage eingeschränkte Passagierverkehr zwischen den Ländern auf Ihre Arbeit?

Hier sind wir gut abgesichert. Denn ein Teil unserer akkreditierten und unterschäftsbe-

rechtigten Experten ist in Deutschland ansässig. Besonders relevant ist dies momentan beim Zertifizierungsprozess für Serienproduktion. Wenn ein deutscher Hersteller seine Serienproduktion zertifizieren möchte, ist eine Produktionsanalyse vor Ort durch unseren Experten notwendig. Dies ist kein Problem. Wir müssen uns nur ins Auto setzen und schon sind wir an der Produktionsstelle des Kunden und führen ein Audit durch.

Haben Sie auch andere Märkte außerhalb der EAWU im Blick?

Wir haben vor Kurzem ein Büro in der Ukraine eröffnet und planen, den ukrainischen Markt sehr aktiv zu betreuen, auf dem es eine Mischung aus europäischen und russischen Richtlinien gibt. Wir planen außerdem eine Niederlassung in Usbekistan zu gründen. Seit einigen Monaten haben wir einen Standort in Südkorea, der von einem unserer Zertifizierungsexperten geleitet wird.

Welche Erwartungen haben Sie an Ihre Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss - Osteuropaverein?

Die Mitgliedschaft in jedem Verein ist ein Geben und ein Nehmen. Ohne Zweifel sehe ich unseren Nutzen im Netzwerken und dem Erfahrungsaustausch zu aktuellen Themen in Russland und der EAWU. Genauso möchten wir aber für andere nützlich sein, sie über die Neuigkeiten auf dem russischen Zertifizierungsmarkt informieren und bei Bedarf mit einem guten Rat unterstützen. Viel wichtiger ist jedoch, dass wir im OAÖEV gemeinsam Lösungen schaffen können, damit sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen West- und Osteuropa weiterentwickeln.

Die Fragen stellte

Christian Himmighoffen

Referent Presse und Kommunikation im OAÖEV

Termine/Kooperationen

10. JUNI 2020, ONLINE WEBINAR: BUSINESS OPPORTUNITIES IN THE UKRAINE

Aufgrund der aktuellen Situation bietet das Enterprise Europe Network (EEN) in NRW eine Informationsreihe für NRW-Unternehmen zu verschiedenen Märkten Europas und deren Möglichkeiten an. In diesem Webinar werden gemeinsam mit dem Export Promotion Office Ukraine und mit Unterstützung des OAOEV Informationen zur wirtschaftlichen Situation in der Ukraine gegeben.

Weitere Informationen und Anmeldung unter www.nrw.europa.de

NRW.International GmbH
Gregor Stolarczyk
gregor.stolarczyk@nrw-international.de
Tel.: +49 211 710671-232

17. JULI 2020, ONLINE WEBINAR: BUSINESS OPPORTUNITIES IN THE BALTIC COUNTRIES

Am 17. Juni geht es im Rahmen der Informationsreihe des Enterprise Europe Network (EEN) in NRW zusammen mit dem „Lithuanian Innovation Center“ und mit Unterstützung des OAOEV um Informationen zum gesamten baltischen Markt und zur Zulieferersituation.

Weitere Informationen und Anmeldung unter www.nrw.europa.de

NRW.International GmbH
Gregor Stolarczyk
gregor.stolarczyk@nrw-international.de
Tel.: +49 211 710671-232

29. JUNI 2020, BERLIN WIRTSCHAFTSTAG UKRAINE

Gemeinsam mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum organisiert der OAOEV einen Wirtschaftstag Ukraine in Berlin. Ziel des Tages ist die Diskussion mit ukrainischen Partnern zu

den wirtschaftspolitischen Zielen und über konkrete gemeinsame Projekte. Die Schwerpunkte liegen in den Bereichen Agrarwirtschaft, Digitalisierung, verarbeitende Industrie und Finanzen.

Stefan Kägebein
Regionaldirektor Osteuropa
Tel.: 030 206167-113
S.Kaegebein@bdi.eu

1. SEPTEMBER 2020, BUKAREST/RUMÄNIEN CITIES OF TOMORROW #8 - NEW WAVES OF URBAN MIGRATION

Wie in den Vorjahren wird die Cities of Tomorrow-Konferenz eine Dialog-Plattform zwischen Unternehmen, Zivilgesellschaft und Behörden sein, um Praxisbeispiele und Erfahrungen zum Thema intelligente und nachhaltige Städte auszutauschen. Die Veranstaltung umfasst einen Projektwettbewerb und Runderisch-Gespräche dazu.

AHK Rumänien
Ilinca Pandeale
pandeale.ilinca@ahkrumaenien.ro
Tel.: +4021 207 91 17
Sandra Ghildus
ghildus.sandra@ahkrumaenien.ro
Tel.: +4021 207 91 20

24. SEPTEMBER 2020, BERLIN JAHRESEMPFANG ZORAN DJINDJIC STIPENDIEN- PROGRAMM DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Am 24. September wird in Berlin die 17. Generation des Zoran Djindjic Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans feierlich in Empfang genommen.

Antje Müller, Projektleiterin
Tel.: +49 30 206167-137
A.Mueller3@bdi.eu

07.-11. SEPTEMBER 2020, NÜRNBERG BAYERN - FIT FOR PARTNERSHIP: UNTER- NEHMEN AUS ZENTRALASIEN BESUCHEN BAYERN

Eine zentralasiatische Delegation, bestehend aus 15 Entscheidungsträgern der Lebensmittelverarbeitungsindustrie, wird vom 7. bis 11. September verschiedene Unternehmen und Referenzobjekte in Bayern besuchen. Am ersten Tag ist eine Hausmesse mit Kooperationsgesprächen in Nürnberg geplant.

Commit Project Partners GmbH
Gerrit Schmitter
Tel.: +49 30 2061 648-0
g.schmitter@commit-group.com
Bayern International
Frau Anna-Lisa Rölleke
Tel.: +49 89 660 566-109
aroelleke@bayern-international.de

Stellengesuche

Erfahrene Führungskraft, Dipl.-Ökonom (Masters), Dreisprachig Deutsch / Russisch / Englisch, 55 J., ab sofort interessiert für neue berufliche Entwicklungsmöglichkeiten als Interim Manager / Berater / Repräsentant in Raum Russland / Zentralasien / GUS. Mehr als 20 Jahre kaufmännischen Führungs- und Projekterfahrungen im internationalen Geschäft (Maschinenbau, Bauindustrie und Abfallrecycling) in der Region. Aufgaben wie Krisenmanagement, Kosten- und Steueroptimierung und internationale Personalmanagement waren und sind meine alltäglichen Anforderungen.

Konstantin Panteleev
Tel.+49 171 939 33 34
k.panteleev@gmx.de

Impressum

Herausgeber:

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
der Deutschen Wirtschaft e. V.
Breite Straße 29, D-10178 Berlin
Telefon: +49 30 206167-116
Fax: +49 30 2028-2452
Geschäftsführer:
Michael Harms

Redaktion:

Andreas Metz (ViSdP),
Christian Himmighoffen
Telefon: +49 30 206167-122
Fax: +49 30 2028-2577
C.Himmighoffen@bdi.eu
Redaktionelle Mitarbeit:
Monique Stender, Evgeniya Temnaya

Verlag:

owc Verlag für Außenwirtschaft GmbH
Ritterstr. 2B, 10969 Berlin
Telefon: +49 30 615089-0
Fax: +49 30 615089-29
info@owc.de, www.owc.de
Geschäftsführender Gesellschafter:
Ulf Schneider

Anzeigen:

owc Verlag für Außenwirtschaft GmbH
Ritterstr. 2B, 10969 Berlin
Telefon: +49 30 615089-0
Fax: +49 30 615089-29
anzeigen@owc.de

Erscheinungsweise:

6 x jährlich (zweimonatlich)

Abonnement:

Die Osteuropa-Informationen können nur
gemeinsam mit der Monatszeitschrift
OstContact bezogen werden. Der Preis für
das Jahresabonnement beträgt für beide
Publikationen zusammen Euro 120,00, zzgl.
7 % MwSt., Auslandsversand zzgl. Porto.

Abonnement-Service:

Leserservice OST-WEST-CONTACT
65341 Eltville
Telefon: +49 6123 9238-257
Fax: +49 6123 9238-244
leserservice-owc@vuserice.de

Gerichtsstand:

Amtsgericht Charlottenburg
HRB 170362 B

Druck:

Bösmann Medien und Druck GmbH & Co. KG,
Detmold

Erscheinungstermin:

Mai 2020

Der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
übernimmt trotz größter Sorgfalt keine
Haftung für Vollständigkeit und Richtigkeit
der weitergegebenen Informationen.

Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann



Von Frank Bösch

Wie werden in 40 Jahren
Historiker über unsere Ge-
genwart berichten? Wer-
den Sie schreiben, dass mit
dem Jahr 2019 ein tiefer
Epochenbruch begann?

Erst die „Fridays for Future“-Proteste, die die
Endlichkeit unseres Planeten auf die Agenda
gesetzt haben. Und dann, Ende 2019 das Ent-
stehen eines kleinen Virus in China mit giganti-
schen Folgen für die Wirtschaft der Welt. Frank
Bösch, Direktor des Leibniz-Zentrums für Zeithis-
torische Forschung in Potsdam, hat dagegen
1979 als Epochenjahr identifiziert „als die Welt
von heute begann“. In zehn Kapiteln ruft er Er-
eignisse in Erinnerung, die zu Unrecht im Schat-
ten von 1968 oder 1989 stehen: die islamische
Revolution in Iran, die Kernreaktorkatastrophe
von Harrisburg, die Revolution in Nicaragua,
die Wahl der marktradikalen Margaret
Thatcher in Großbritannien, die Gründung der
Grünen, die Fernsehserie „Holocaust“ und
schließlich der Einmarsch der Sowjettruppen in
Afghanistan. Dass Bösch auch die Wirtschafts-
reformen in China unter Deng, den polnischen
Papst, die Boat-People in Vietnam und die Öl-
krise aufnimmt – Themen, die man mindestens
ins Jahr 1978 vorverlegen müsste, zeigt, dass
die „Zeitenwende 1979“ eher ein Konstrukt ist;
aber ein spannendes. (Met)

512 S. | 28 Euro
Verlag: C.H.Beck

Schwere See. Eine Reise um das Schwarze Meer



Von Jens Mühling

Jens Mühlings Buch
„Schwere See“ nimmt den
Leser mit auf eine Reise rund
um ein Meer, das umgeben
ist von Ländern, die einan-
der nah und dabei doch

unendlich fern sind. Umgeben von den Staaten
der früheren Sowjetunion, an den Gestaden
des Kaukasus, von der Türkei begrenzt und ge-
öffnet durch das Nadelöhr Bosphorus ist das
Schwarze Meer seit jeher ein Meer der My-
then, der Geschichten, aber auch der romanti-
schen Landschaft, der Sehnsucht und der Hoff-
nung. Mühling führt seine poetische Reise an
den Küsten des gewaltigen Binnenmeeres über
Teeplantagen und Haselnussfelder, über steini-
ge Wege und weite Strände. Bittere Armut und
gleißender Reichtum, einfacher Broterwerb und
ins Irreale reichende Verschwendungssucht, all
das findet und erlebt Mühling auf seiner Reise
rings um eines der vielleicht widersprüchlichsten
Meere. Seine ebenso sanfte wie eindringliche
Beobachtungsgabe, sein feiner Sinn für das
scheinbar Sinnfreie und seine große Erzählgabe
machen „Schwere See“ zu einem ebenso
aufregenden wie anregenden Lesegenuss. Sel-
ten ließ sich Fernweh so gut in zwei Händen
halten. (JK)

336 S. | 39,00 Euro
Kohlhammer 2019

Das andere Ende der Geschichte. Über die große Transformation



Von Philipp Ther

Der Wiener Osteuropahis-
toriker Philipp Ther analy-
siert in sechs Essays zum
30-jährigen Jubiläum der
Transformation in Mittel-
und Osteuropa kritisch die „neoliberale“ Wirt-
schaftspolitik und deren soziale Folgen in Mit-
telosteuropa, Deutschland, den USA und
Italien seit 1989 und geht der Frage nach, wa-
rum Russland und die Türkei sich vom Westen
abgewandt haben. Dabei nimmt er insbeson-
dere die durch die Transformation und dann
noch einmal durch die Finanzkrise 2008/2009
ausgelösten sozialen Verwerfungen in den
Blick, zu der marktliberale Reformen und der

Abbau sozialer Sicherungssysteme beigetra-
gen hätten. Dies habe zu einem beispiellosen
Exodus aus vielen Ländern und zum Aufstieg
rechtspopulistischer Bewegungen und Regie-
rungen etwa in Ungarn, Polen, Italien oder
den USA beigetragen. Neben der Freiheit, so
Thers Botschaft, müsse der Staat auch das Si-
cherheitsbedürfnis der Bürger ernst nehmen,
etwa durch starke Sozialsystem und Investiti-
onen in Bildung. Ein Verdienst Thers ist es, her-
auszuarbeiten, wie die Transformation von
1989 nicht nur östlich, sondern auch westlich
des früheren Eisernen Vorhangs teils dramati-
sche Veränderungen auslöste. (Him)

200 S. | 16 Euro
Suhrkamp Verlag 2019

Zwei Magazine – ein Thema: Automobilindustrie und die Zukunft der Mobilität. Autonomes Fahren, Vernetzung, Klimaneutralität: Neue Technologien und Konzepte für eine Branche im Wandel. Von Ost- europa bis China.

Titelthema Automobilindustrie und Mobilität:
OstContact 2/2020 und ChinaContact 1/2020

shop.owc.de



Ihr 2-wöchentlicher Blick „inside“ Russland.
Informativ, hintergründig, praxisorientiert.
Für Ihren Geschäftserfolg in Russland und Osteuropa.

